

Gemeinde
Bremgarten bei Bern

Energie- und Klimastrategie Bremgarten bei Bern 2025



Bremgarten bei Bern
european energy award

Inhalt

Zusammenfassung	3
1. Einleitung	4
2. Situationsanalyse	6
2.1 Ausgangslage	6
2.2 Stakeholderanalyse	7
2.3 Handlungsbedarf	8
2.3.1 Treibhausgasbilanz des Gemeindegebiets	8
2.3.2 Exkurs zur Wärmeversorgung	12
2.3.3 Treibhausgasbilanz der Gemeindeverwaltung	15
2.3.4 Anpassung an den Klimawandel	16
3. Handlungsfelder	18
4. Ziele	18
5. Massnahmen	20
6. Ressourcen	26
7. Monitoring	27
8. Organisatorische Verankerung	27
Anhang	28

Impressum

Herausgeberin: Gemeinde Bremgarten bei Bern
Version V1.4 vom 15. Dezember 2025

Externe Begleitung: Swiss Climate AG

Titelbild: Luftaufnahme von Bremgarten bei Bern © Thomas Hodel, bern-von-oben.ch

Kontakt:
Energiekommission
Chutzenstrasse 12
3047 Bremgarten bei Bern
gemeinderat@3047.ch

Zusammenfassung

Die Energie- und Klimastrategie 2025 der Gemeinde Bremgarten bei Bern legt die langfristige Ausrichtung der kommunalen Klima- und Energiepolitik fest. Sie reagiert auf die zunehmenden Auswirkungen der Klimaerwärmung und auf nationale sowie kantonale Vorgaben, die eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf Netto-Null bis spätestens 2050 verlangen. Gleichzeitig baut sie auf dem langjährigen Engagement der Gemeinde im Energie- und Klimabereich auf, etwa der Zertifizierung als Energiestadt seit 2016 und zahlreiche bereits umgesetzte Projekte wie der pionierhafte Aufbau des Wärmekollektivs Bremgarten.

Die Situationsanalyse (2. *Situationsanalyse*) zeigt, dass 2022 insgesamt rund 8'923 t CO₂eq auf dem Gemeindegebiet ausgestossen wurden. Der Wärmesektor ist mit zwei Dritteln der Emissionen der zentrale Hotspot, vor allem aufgrund der verbreiteten Nutzung von Heizöl und Erdgas. Der Verkehr trägt elf Prozent bei, weitere Emissionen entfallen auf Landwirtschaft, Industrie und Abfall. Die Tätigkeiten der Gemeindeverwaltung verursachten 2023 rund 300 t CO₂eq, hauptsächlich durch fossil betriebene Heizungen in den kommunalen Liegenschaften. Gleichzeitig ist Bremgarten bei Bern in wachsendem Mass von klimabedingten Risiken wie Hitze, Starkniederschlägen und Naturgefahren betroffen.

Auf Basis dieser Analyse definiert die Gemeinde sechs Handlungsfelder (3. *Handlungsfelder*): Energieversorgung der Gebäude, Mobilität, Konsum und Kreislaufwirtschaft, Anpassung an den Klimawandel, Vorbild Gemeinde sowie Querschnittsaufgaben wie Kommunikation und Sensibilisierung. Im Mittelpunkt stehen der Ausstieg aus fossil betriebenen Heizsystemen, der Ausbau des Wärmekollektivs Bremgarten, die Förderung erneuerbarer Wärme- und Stromproduktion sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für nachhaltige Mobilität. Ergänzend soll die Gemeinde widerstandsfähiger gegenüber den Folgen der Klimaerwärmung werden, unter anderem durch Begrünungsmassnahmen, hitzeresiliente Planung und unterstützende Massnahmen für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen.

Die zentralen Ziele (4. *Ziele*) bestehen darin, die Emissionen auf dem Gemeindegebiet bis 2045 und jene der Gemeindeverwaltung bis 2040 auf Netto-Null zu reduzieren. Schwer vermeidbare Restemissionen sollen künftig durch CO₂-Entfernung, wenn möglich auf dem Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern ausgeglichen werden. Ein qualitativer Zielrahmen zur Anpassung an den Klimawandel beschreibt zusätzlich die Stärkung der kommunalen Resilienz gegenüber den Auswirkungen der Klimaerwärmung.

Der Aktionsplan 2026 – 2029 (5. *Massnahmen*) konkretisiert die Umsetzungsschritte und zeigt, dass ein grosser Teil der heutigen Emissionen durch die geplanten Massnahmen bis 2045 reduziert werden kann. Insbesondere der Gebäudebereich bietet hohes Potenzial, während gewisse Restemissionen langfristig durch ergänzende Massnahmen adressiert werden müssen. Für die Umsetzung der Massnahmen in den kommenden vier Jahren sind Investitionen von rund 3.7 Mio. CHF notwendig (6. *Ressourcen*), insbesondere für PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften, den Ausbau des Wärmekollektivs Bremgarten und den Ersatz fossil betriebener Heizsysteme in kommunalen Liegenschaften. Diese Investitionen zur Umsetzung des Aktionsplans 2026 – 2029 tragen langfristig zu Versorgungssicherheit, geringeren Energiekosten und einem resilienteren lokalen Ökosystem bei.

Ein regelmässiges Monitoring (7. *Monitoring*) mittels Treibhausgasbilanzierung und Indikatoren gewährleistet die Überprüfung der Zielerreichung. Die Energiekommission koordiniert die Umsetzung, der Gemeinderat setzt den strategischen Rahmen und die Ressorts tragen die operative Verantwortung für die Massnahmenumsetzung (8. *Organisatorische Verankerung*). Damit schafft Bremgarten bei Bern die Voraussetzungen, seine Energie- und Klimaziele wirksam umzusetzen und einen substanziellen Beitrag zur regionalen und nationalen Energie- und Klimapolitik zu leisten.

1. Einleitung

Globale Erwärmung und ihre Folgen in der Schweiz

Die globale Erwärmung schreitet ungebremsst voran¹ und die Schweiz ist davon besonders betroffen: Die Durchschnittstemperatur ist in der Schweiz seit der vorindustriellen Zeit doppelt so stark angestiegen. Hitzewellen, vermehrt Hitzetage und Tropennächte, der Rückgang der Schneebedeckung im Mittelland und zunehmende, intensivere Starkniederschläge zeugen von der Klimaerwärmung in der Schweiz.² Von diesen Auswirkungen ist auch die Gemeinde Bremgarten bei Bern direkt betroffen.

Netto-Null-Emissionen

Seit dem IPCC-Sonderbericht von 2018³ ist wissenschaftlich bekannt, dass der globale Temperaturanstieg im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf unter 1.5 Grad Celsius beschränkt werden muss, um unumkehrbare Schäden für Mensch und Umwelt zu minimieren. Dies kann nur erreicht werden, wenn die vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) bis 2050 global auf «Netto-Null» gesenkt werden. Es dürfen dann nur noch so viele CO₂-Emissionen emittiert werden, wie der Atmosphäre durch technische oder natürliche Senken wieder über einen bestimmten Zeitraum entnommen werden können.

Netto-Null-Ziel Schweiz und Kanton Bern

Um diese globalen Ziele zu erreichen, wurde 2015 an der UN-Klimakonferenz das Übereinkommen von Paris verabschiedet. Die Schweiz hat das Übereinkommen 2017 ratifiziert und das Ziel zur Reduktion der THG-Emissionen auf Netto-Null bis 2050 definiert. Die Klimaziele der Schweiz wurden mit der Annahme des Klima- und Innovationsgesetzes (KIG) 2023 rechtlich verankert. Bereits 2021 hat die Stimmbevölkerung des Kantons Berns das Netto-Null-Ziel bis 2050 in der Kantonsverfassung verankert und die Gemeinden darin aufgefordert, ihren Beitrag zur Zielerreichung zu leisten.

Langjähriges lokales Engagement für Energie und Klima

Seit mehr als 40 Jahren engagiert sich die Gemeinde Bremgarten bei Bern für eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik. Sei dies als Pionierin bei der Nutzung von Abwasserwärme aus der ARA Region Bern im Wärmekollektiv Bremgarten oder als Energiestadt mit einer Vielzahl umgesetzter Massnahmen. Schweizweit wird sie diesbezüglich als vorbildliche Gemeinde wahrgenommen. 2016 wurde Bremgarten bei Bern zum ersten Mal mit dem Label Energiestadt ausgezeichnet. Die Auszeichnung honoriert das bisherige Engagement, fordert aber gleichzeitig auch eine kontinuierlich Weiterverfolgung und -entwicklung der kommunalen Ziele und Massnahmen im Energie- und Klimabereich.

¹ IPCC, 2023: Sections. In: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Core Writing Team, H. Lee and J. Romero (eds.)]. IPCC, Geneva, Switzerland, pp. 35-115. https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/downloads/report/IPCC_AR6_SYR_LongerReport.pdf (Zugriff am 30.09.2025)

² BAFU et al., 2020: Klimawandel in der Schweiz. Indikatoren zu Ursachen, Auswirkungen, Massnahmen. Umwelt-Zustand Nr. 2013: 105 S. <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/publikationen-studien/publikationen/klimaaenderung-schweiz.html> (Zugriff am 30.09.2025)

³ IPCC, 2018: Summary for Policymakers. In: Global Warming of 1.5 °C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5 °C above preindustrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. World Meteorological Organization, Geneva, Switzerland, 32 pp. <https://www.ipcc.ch/sr15/> (Zugriff am 30.09.2025)

Eine kommunale Energie- und Klimastrategie

Zusammen mit dem Bund und den Kantonen können die Gemeinden massgeblich zur Reduktion der THG-Emissionen, zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit und zur Verminderung der Abhängigkeiten von Energieimporten beitragen. Der Gemeinderat und die Energiekommission von Bremgarten bei Bern anerkennen hierbei eine Mitverantwortung und wollen mit der konsequenten Nutzung des kommunalen Handlungsspielraums ihren Beitrag zur Zielerreichung gemäss der Berner Kantonsverfassung leisten. Mit der vorliegenden Energie- und Klimastrategie 2025 legt der Gemeinderat die strategische Grundlage für die nächsten 25 Jahre der Energie- und Klimapolitik der Gemeinde Bremgarten bei Bern. Die Struktur der Energie- und Klimastrategie orientiert sich am «Wegweiser Klimastrategie für Gemeinden» vom BAFU⁴ und wurde federführend von der Energiekommission der Gemeinde Bremgarten bei Bern erarbeitet.

Die Energie- und Klimaziele müssen von allen Staatsebenen mit hoher Priorität angegangen und getragen werden, sie können aber nicht von der öffentlichen Hand allein erreicht werden. Der Gemeinderat ist deshalb auf die Unternehmen, Institutionen und Organisationen und Bevölkerung angewiesen, dass auch sie alle ihren Beitrag zur Erreichung der Ziele leisten.

Anpassung an den Klimawandel

Auch bei einem wirksamen Klimaschutz und einer Reduktion der globalen THG-Emissionen auf Netto-Null bis 2050 werden die Folgen der Klimaerwärmung in der Schweiz vermehrt spürbar sein. Neben dem Klimaschutz braucht es deshalb auch eine kommunale Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, was in der vorliegenden Energie- und Klimastrategie als eigenes Handlungsfeld aufgegriffen und behandelt wird.

CO₂-Senken

Auf die Kapazität lokaler natürlicher und technologischer CO₂-Senken wird nicht genauer eingegangen, da zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Strategie nicht genügend Grundlagen vorliegen, um diese beziffern zu können. Zur CO₂-Entfernung auf dem Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern könnten sich natürliche Senken wie das Ausbringen von Pflanzenkohle oder technologische Senken wie die Carbonatisierung von Zementstein im Beton eignen. Das Potenzial der verschiedenen Ansätze zur CO₂-Entfernung muss auf die spezifischen Gegebenheiten der Gemeinde geprüft werden.

⁴ BAFU, 2023: Wegweiser Klimastrategie für Gemeinden. <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/publikationen-studien/publikationen/wegweiser-klimastrategie-fuer-gemeinden.html> (Zugriff am 30.09.2025)

2. Situationsanalyse

Die Situationsanalyse schafft die Grundlage für die nachgelagerte Definition der Handlungsfelder (3. *Handlungsfelder*), Ziele (4. *Ziele*) und Massnahmen (5. *Massnahmen*). Es werden die bestehenden Rahmenbedingungen und strategischen Grundlagen beleuchtet (2.1 *Ausgangslage*), relevante Stakeholder und ihre Rollen identifiziert (2.2 *Stakeholder*) und der Handlungsbedarf aufgezeigt (2.3 *Handlungsbedarf*).

2.1 Ausgangslage

Energie und Klimaschutz Die Gemeinde Bremgarten bei Bern verfügt über eine breite Grundlage im Bereich Energie und Klimaschutz. Mit dem Leitbild zur nachhaltigen Entwicklung (2007) sowie dem Richtplan Ortsentwicklung (2010) und der ergänzenden Massnahmenplanung (2015) wurden frühzeitig strategische Leitlinien gesetzt. Die Zertifizierung als Energiestadt (seit 2016) und das zugehörige Aktivitätenprogramm bestätigen das Engagement der Gemeinde.

Zahlreiche Studien und Konzepte belegen die aktive Weiterentwicklung: Machbarkeitsstudien zum Ausbau des Wärmekollektivs (2018, 2019, 2024), die PV-Machbarkeitsstudie für kommunale Gebäude (2022/2023), die Energieförder-Verordnung (2021) sowie das Förderprogramm «Erneuerbare Energien und Energieeffizienz» (2022/2023). Ergänzt wird dies durch das Gesamtverkehrskonzept (2023) und das derzeit in Arbeit befindliche Parkierungskonzept.

Die Treibhausgasbilanzen für das Gemeindegebiet (2018, 2024) sowie für die Verwaltung (2024) liefern wichtige Entscheidungsgrundlagen. Die aktuellen Legislaturziele 2024 – 2027 spiegeln das politische Bekenntnis zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der kommunalen Energie- und Klimapolitik wider.

Anpassung an den Klimawandel

Im Bereich der Anpassung an den Klimawandel kann sich die Gemeinde Bremgarten bei Bern auf weniger umfangreiche Grundlagen stützen. Die Adaptationsstrategie des kantonalen Amts für Umwelt und Energie (2010) bildet dabei den zentralen Rahmen zur Bewertung von Risiken und zur Entwicklung geeigneter Anpassungsmassnahmen auf kantonaler Ebene. Ergänzend liefert die Gefahrenanalyse des Amts für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (2016) eine fundierte Einschätzung potenzieller Naturgefahren und klimabedingter Risiken für die Bevölkerung und die Infrastruktur.

Auf kommunaler Ebene wurde 2023 ein Konzept zur Biodiversitätsförderung durch die Kommission für Natur und Landschaft (KNL) erarbeitet. Dieses berücksichtigt ökologische Aspekte der Anpassung an den Klimawandel wie die Förderung klimaresilienter Lebensräume und die Stärkung der ökologischen Vernetzung.

2.2 Stakeholderanalyse

Stakeholder und ihre Rollen

Die Erarbeitung und Umsetzung einer kommunalen Energie- und Klimastrategie erfordert die aktive Einbindung relevanter Stakeholder⁵. Die Identifikation der Stakeholder, ihre Rollen im Strategieprozess und bei der Massnahmenumsetzung sowie die Einrichtung geeigneter Gremien und klarer Abläufe bilden zentrale Voraussetzungen für eine wirksame und breit abgestützte Strategie. Den Stakeholdern werden unterschiedliche Rollen zugeteilt:

- Entscheidungen fällen: Diese Kompetenz liegt bei politischen Gremien wie dem Gemeinderat, der Energiekommission und der Planungskommission. Sie setzen verbindliche Leitplanken und genehmigen die Strategie sowie deren Umsetzung.
- Inputs geben: Die Verwaltung, Ortsparteien und Fachbüros liefern fachliche und praxisnahe Inputs.
- Informiert werden: Eine transparente Kommunikation richtet sich an die Bevölkerung, lokales Gewerbe und Landwirtschaft, Umwelt- und Klimagruppen sowie Institutionen wie die Kommission für Natur und Landschaft (KNL). Sie soll das Verständnis fördern, Akzeptanz schaffen und Mitwirkung ermöglichen.

Stakeholder-Map

Die Stakeholder-Map visualisiert die unterschiedlichen Stakeholder im Hinblick auf Einfluss und Interesse an der Strategie:

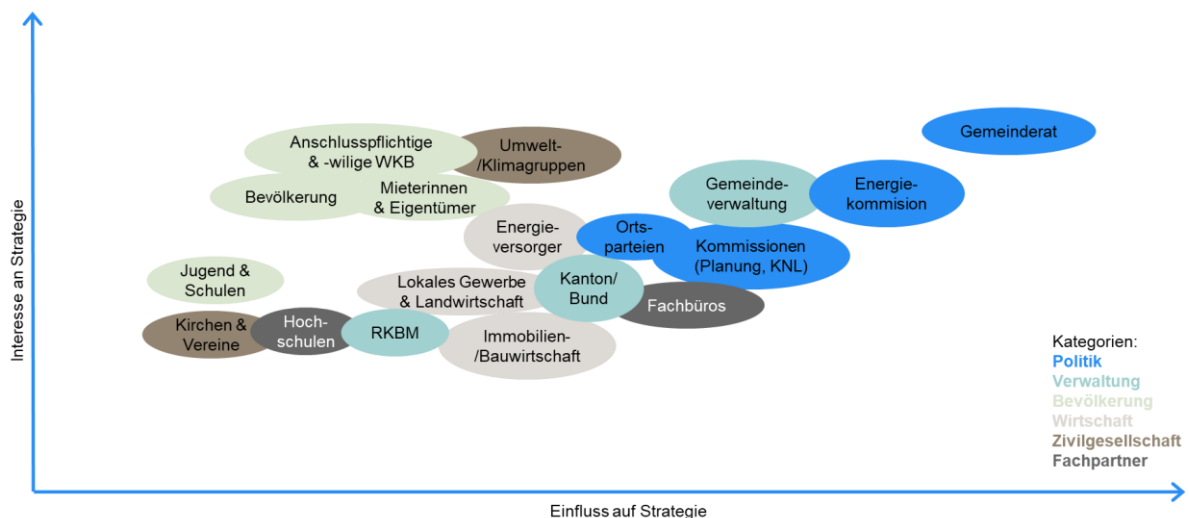


Abbildung 1: Stakeholder-Map der Energie- und Klimastrategie 2025 von Bremgarten bei Bern. Die Stakeholder sind anhand ihres Einflusses auf die Strategie und Interesses an der Strategie sowie farblich in verschiedene Kategorien (Politik, Verwaltung, Bevölkerung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Fachpartner) eingeordnet.

Stakeholder mit hohem Einfluss und Interesse – wie Gemeinderat, Energiekommission, Verwaltung und Ortsparteien – wurden besonders zentral in den Erarbeitungsprozess der Energie- und Klimastrategie eingebunden.

⁵ Stakeholder: Einzelpersonen oder Gruppen, deren Interessen von den Tätigkeiten der Gemeinde Bremgarten bei Bern und ihren direkten und indirekten Tätigkeiten in ihrer gesamten Wertschöpfungskette betroffen sind oder betroffen sein könnten, sei es auf positive oder negative Weise. Die Natur kann als «stiller Interessenträger» betrachtet werden.

2.3 Handlungsbedarf

Dieses Kapitel zeigt den Handlungsbedarf für die Gemeinde Bremgarten bei Bern in Sachen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel auf. Grundlage für diese Einschätzung bilden die Treibhausgasbilanzen des Gemeindegebiets (2.3.1 *Treibhausgasbilanz des Gemeindegebiets*) und der Verwaltung (2.3.3 *Treibhausgasbilanz der Gemeindeverwaltung*), ein Exkurs zur Wärmeversorgung (2.3.2 *Exkurs zur Wärmeversorgung*) sowie der Handlungsbedarf zur Anpassung an den Klimawandel (2.3.4 *Anpassung an den Klimawandel*).

2.3.1 Treibhausgasbilanz des Gemeindegebiets

Bilanzierungslogik und Datengrundlagen

Bei der Treibhausgasbilanz (THG-Bilanz) des Gemeindegebiets werden die anfallenden THG-Emissionen nach dem Territorialprinzip bilanziert, sprich sämtliche Emissionen, die direkt auf dem Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern entstehen. Die Bilanzierung fokussiert sich auf die direkten THG-Emissionen, die beispielsweise durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen in die Atmosphäre gelangen. Betrachtet wird der Zeitraum des Jahres 2022 (Basisjahr).

Für die THG-Bilanzierung des Gemeindegebiets werden die Daten der Energie- und Klimadatenplattform des Kantons Bern verwendet, die gemäss der Klimametrik des Kantons Bern berechnet werden.⁶ Zusätzlich zu den kantonalen Daten werden die indirekten Emissionen aus dem Stromverbrauch mitberücksichtigt.

THG-Emissionen 2022 auf dem Gemeindegebiet

Auf dem Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern werden im Basisjahr 2022 insgesamt rund 8'923 t CO₂eq⁷ ausgestossen (Abb. 2). Gleichzeitig werden rund 39 GWh Endenergie⁸ verbraucht (Abb. 3). Dies entspricht 2.04 t CO₂eq bzw. 8.88 MWh pro Kopf (bei 4'303 Einwohnenden 2022).

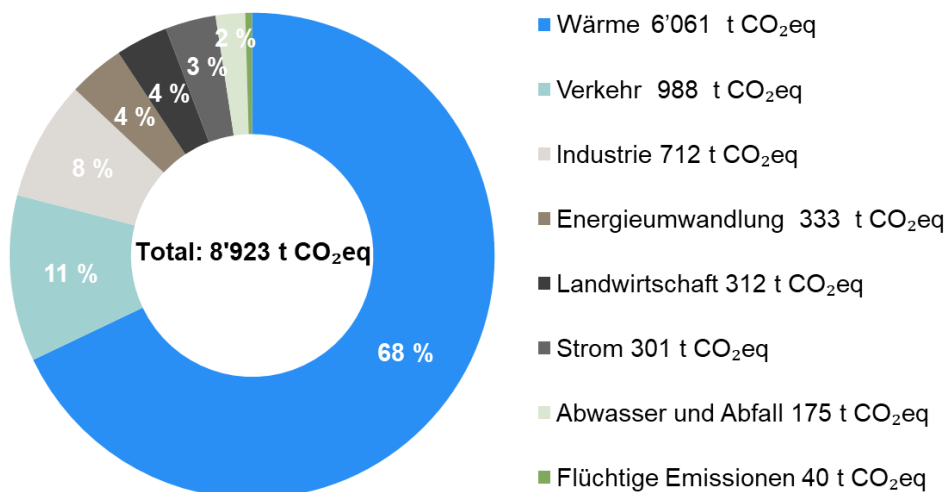


Abbildung 2: Anteil der THG-Emissionen an den Gesamtemissionen nach Sektoren für das Basisjahr 2022 des Gemeindegebiets von Bremgarten bei Bern.

⁶ Amt für Umwelt und Energie Kanton Bern, 2025: Energie- und Klimadatenplattform. <https://www.weu.be.ch/de/start/themen/energie/energieplattform.html> (Zugriff am 30.09.2025)

⁷ Auswirkung sämtlicher Treibhausgase neben Kohlenstoffdioxid (CO₂) als CO₂-Äquivalente (CO₂eq): Methan (CH₄), Lachgas (N₂O), fluoridierte Treibhausgase (F-Gase), Fluorkohlenwasserstoffe (HFKW), perfluorierten Kohlenwasserstoffe (FKW) und Schwefelhexafluorid (SF₆).

⁸ Die kantonalen Daten decken den Endenergieverbrauch in den Sektoren Wärme und Strom ab. Für die restlichen Sektoren und erneuerbaren Energieträger liegen keine Daten zum Verbrauch vor.

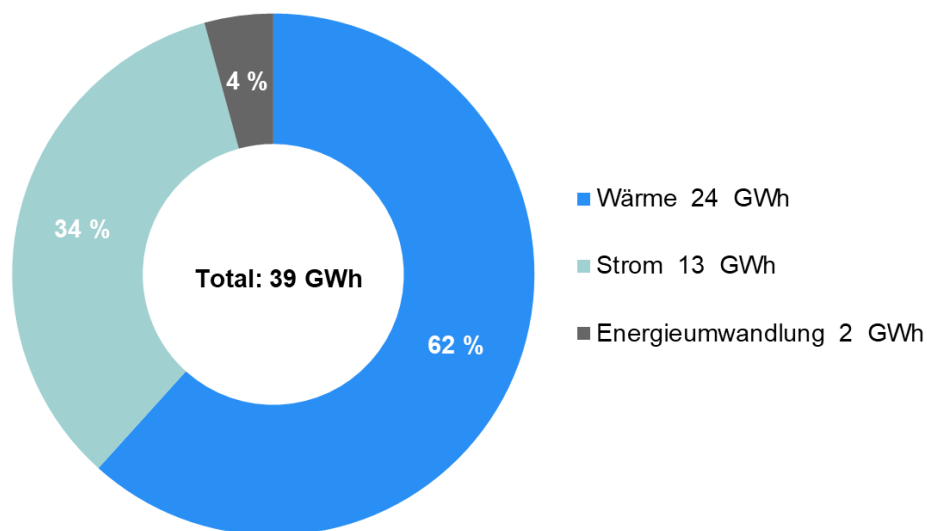


Abbildung 3: Anteil Endenergieverbrauch am gesamten fossilen Endenergieverbrauch nach Sektoren für das Basisjahr 2022 des Gemeindegebiets von Bremgarten bei Bern.

Hotspot Sektor Wärme

Der grösste Hotspot der THG-Bilanz des Gemeindegebiets von Bremgarten bei Bern ist der Wärmesektor. Die THG-Emissionen der Wärmeerzeugung machen mit 6'061 t CO₂eq rund 68 % der Gesamtbilanz aus, wobei die Haushalte 51 % (bzw. 4'595 t CO₂eq) und Dienstleistungen 10 % (bzw. 867 t CO₂eq) der gesamten THG-Emissionen verursachen. In Bremgarten bei Bern werden verschiedene Energieträger eingesetzt, hinsichtlich den THG-Emissionen sind dabei aber nur Heizöl und Erdgas emissionsrelevant (gemäss IPCC-Methodik für Endenergiebilanzierungen). Rund 85 % der Emissionen des Wärmesektors (bzw. 5'159 t CO₂eq) entstehen durch den Verbrauch von Heizöl, während die restlichen 15 % (bzw. 902 t CO₂eq) durch die Verwendung von Erdgas entstehen (Abb. 4). Für die Emissionsreduktion ist somit deren Ersatz zentral.

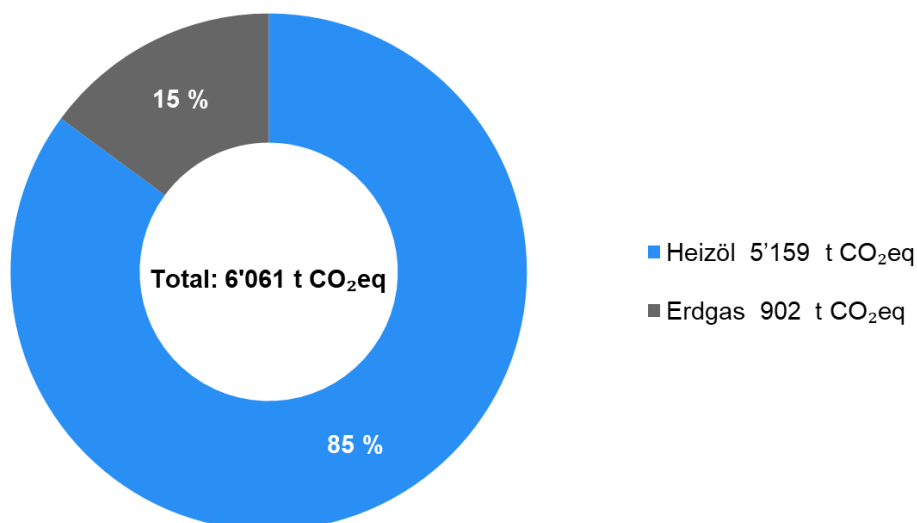


Abbildung 4: Anteil der THG-Emissionen an den Emissionen des Wärmesektors nach Energieträger für das Basisjahr 2022 auf dem Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern.

Werden die THG-Emissionen des Wärmesektors nach dem Bereich aufgeteilt, in dem die Wärme verwendet wird, so zeigt sich, dass insbesondere die Haushalte für den Wärmeverbrauch verantwortlich sind. Sie machen 82 % (bzw. 4'954 t CO₂eq) aus. Ebenfalls relevant ist der Dienstleistungsbereich, der Emissionen von 867 t CO₂eq (bzw. 14 %) verursacht. Die restlichen Bereiche wie Industrie oder Landwirtschaft sind in Bremgarten bei Bern bezüglich ihrem Wärmeverbrauch vernachlässigbar (Abb. 5).

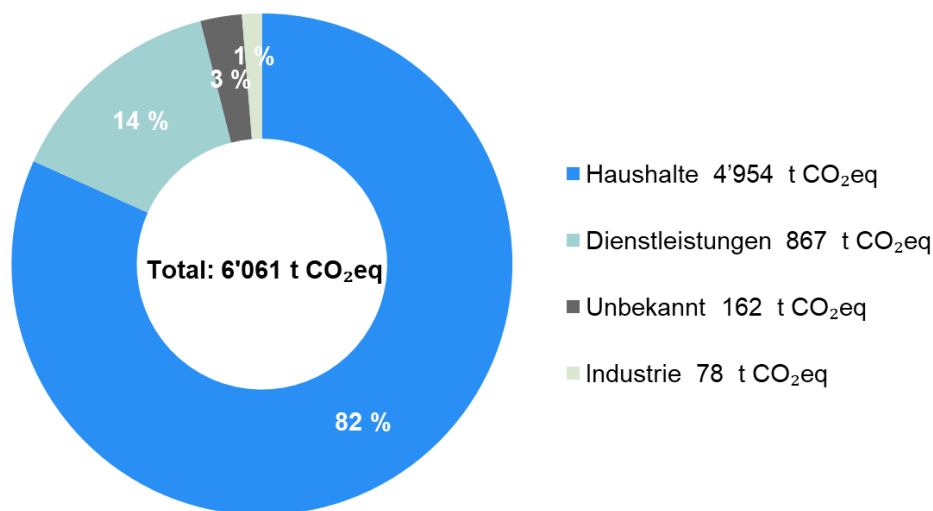


Abbildung 5: Anteil THG-Emissionen an den Emissionen des Wärmesektors nach Bereichen für das Basisjahr 2022 auf dem Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern.

Hotspot Sektor Verkehr

Der Verkehrssektor macht mit 988 t CO₂eq rund 11 % der Gesamtemissionen auf dem Gemeindegebiet aus und ist somit die zweitgrösste Emissionsquelle. 90 % (bzw. 893 t CO₂eq) der THG-Emissionen des Verkehrssektors wird durch den Strassenverkehr verursacht. Des Weiteren fallen Emissionen im Schiffsverkehr⁹ (1 % bzw. 5 t CO₂eq) und im Offroadverkehr¹⁰ (9 % bzw. 91 t CO₂eq) an (Abb. 6).

⁹ Wichtig zu erwähnen ist, dass diese Emissionen aufgrund der Territoriallogik vom Kanton auf Bremgarten bei Bern heruntergerechnet wurden und nicht 100 % der Realität entsprechen. Aufgrund der Methodik in der Berechnung dieser Verkehrszahlen wird Bremgarten bei Bern ein Teil der Emissionen des kantonalen Schiffsverkehrs zugeordnet. Weitere Informationen dazu finden sich in der technischen Dokumentation der Klimametrik des Kantons Bern: <https://www.weu.be.ch/content/dam/weu/dokumente/ae/de/klima/ae-klimametrik-technische-dokumentation-DE.pdf> (Zugriff am 30.09.2025)

¹⁰ Offroad-Verkehr: Verkehr abseits der Strassen aus Industrie und Landwirtschaft anhand Anzahl Fahrzeuge und Maschinen der Sektoren.

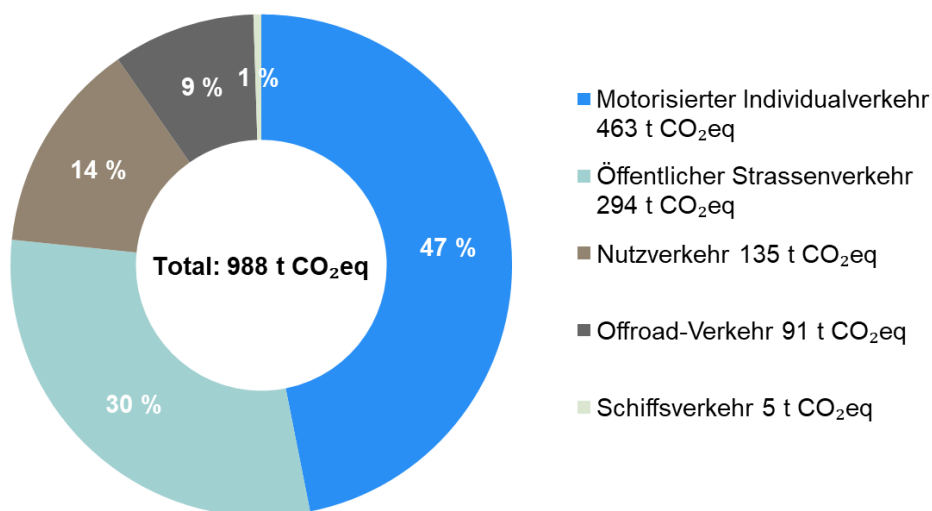


Abbildung 6: Anteil THG-Emissionen an den Emissionen des Verkehrssektors nach Verkehrsmittel für das Basisjahr 2022 auf dem Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern.

In der Kategorie des motorisierten Individualverkehrs (MIV) entfällt der Grossteil der THG-Emissionen auf den Quell- und Zielverkehr, also auf Verkehr, der entweder in Bremgarten bei Bern startet oder endet. Dieser macht mit 464 t CO₂eq rund 77 % des MIV aus. Ebenfalls relevant ist zudem der Durchgangsverkehr, der 111 t CO₂eq (bzw. 18 % des MIV) verursacht, während der Binnenverkehr vernachlässigbar ist (Abb. 7).

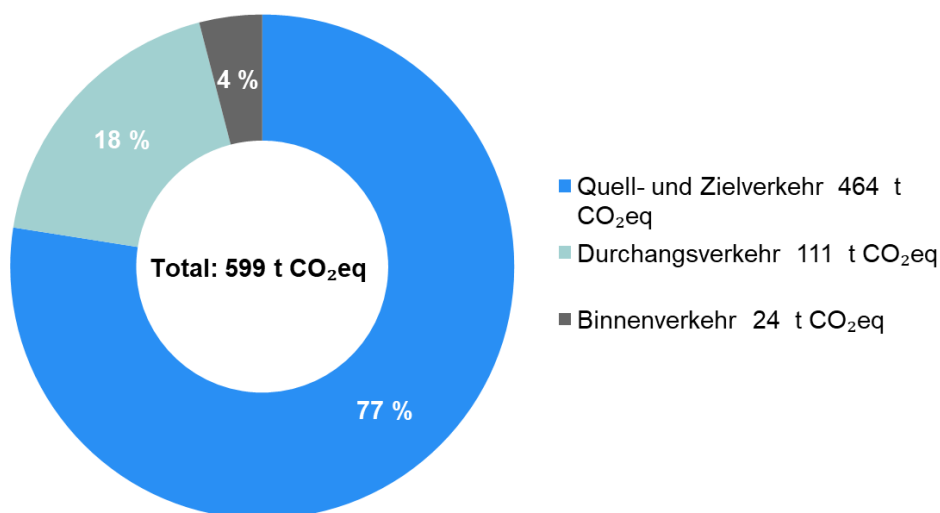


Abbildung 7: Anteil THG-Emissionen an den Emissionen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und Nutzverkehrs nach Verkehrsarten ohne Hochleistungsstrassen (HLS) für das Basisjahr 2022 auf dem Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern.

Weitere Emissionen¹¹

Die nicht-energetischen Emissionen fallen bei nicht-energetischen Prozessen in der Industrie (8 % bzw. 712 t CO₂eq), Landwirtschaft (4 % bzw. 312 t CO₂eq), bei der Abfallbewirtschaftung (2 % bzw. 175 t CO₂eq) sowie als flüchtige Emissionen bei der Handhabung und beim Transport von Treibstoffen, Brennstoffen und chemischen Stoffen (0.5 % bzw. 40 t CO₂eq) an. Diese machen zusammen rund 14 % (1'240 t CO₂eq) der Gesamtemissionen aus.

Die Emissionen aus der Erzeugung des verwendeten Stroms in Bremgarten bei Bern machen mit 300 t CO₂eq ebenfalls rund 4 % der Gesamtemissionen aus. Etwas mehr als die Hälfte stammt aus dem erneuerbaren Strom (wobei dieser 83 % der Strommenge ausmacht).

Fazit

- Die Ölheizungen in den Haushalten sind mit rund 58 % der Emissionen der grösste Hotspot. Weitere rund 10 % der Emissionen entstehen durch den Erdgasverbrauch.
- Der Quell- und Zielverkehr durch den MIV ist der grösste Emissionsträger im zweitgrössten Hotspot Verkehrssektor.
- Der Stromverbrauch auf dem Gemeindegebiet verursacht wenig THG-Emissionen, da über 80 % erneuerbarer Strom ist.

2.3.2 Exkurs zur Wärmeversorgung

Ausgangslage räumliche Verteilung Wärmeverbrauch

Die verschiedenen Ortsteile von Bremgarten bei Bern sind nicht alle gleich dicht bebaut und weisen heute unterschiedliche Heizungslösungen auf. Die Wärmebedarfsdichte ist dabei aggregiert in Abbildung 8 ersichtlich. Gas versorgte Gebäude befinden sich dabei vor allem im Süden und teilweise Westen der Gemeinde. Ölheizungen kommen hingegen in nahezu allen Ortsteilen vor. Bereits heute wird ein substanzieller Anteil der Wärme durch das Wärmekollektiv Bremgarten oder Wärmepumpen abgedeckt (rund 16 %). Gemäss Feuerungskontrolle des Kantons Bern sind auf dem gesamten Gemeindegebiet aktuell ungefähr 10 MW fossile Leistung installiert¹². Kritisch für die Erreichung des Netto-Null-Ziels sind dabei insbesondere fossile Liegenschaften mit grossem Leistungsbedarf und/oder beschränkten erneuerbaren Optionen.

¹¹ Die Emissionen für Industrie sowie Abfall und Abwasser wurden nach dem Territorialprinzip von den kantonalen Emissionen auf das Gemeindegebiet heruntergebrochen. Deswegen sind diese Resultate mit Vorsicht zu geniessen, da es in Bremgarten bei Bern keine eigene Industrie gibt, und auch keine Abwasserreinigungs- oder Kehrlichtverbrennungsanlage.

¹² Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion des Kanton Bern (2025): Auszug Feuerungsanlagen Gemeinde Bremgarten bei Bern, per Mail zugestellt am 06.05.2025

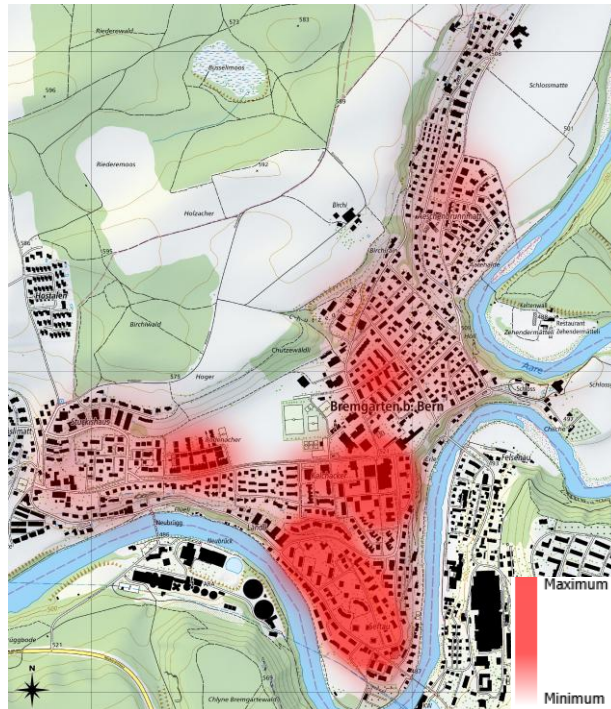


Abbildung 8: Geografische Verteilung der Hotspots des Wärmebedarfs (Karte Swiss Climate, basierend auf GWR-Daten (2025) und Feuerungskontrolldaten des Kantons Bern (2025)).

Gasversorgung in Bremgarten bei Bern

Wie in Kapitel 2.3.1 (*Treibhausgasbilanz des Gemeindegebiets*) aufgezeigt, trägt die Verbrennung von Erdgas aktuell mit etwa 15 % einen substantiellen Anteil an die Gesamtemissionen der Wärmeversorgung bei. Die Gasversorgung in Bremgarten bei Bern erfolgt über Energie Wasser Bern (ewb). ewb hat 2024 die schrittweise Reduktion des Gasnetzes und einen Ausstieg aus der Erdgasversorgung für die Stadt Bern beschlossen¹³. Mit der Gemeinde Köniz hat im August 2025 eine weitere Gemeinde im Versorgungsgebiet von ewb kommuniziert, dass für die Gesamtgemeinde eine Strategie zum Gasausstieg erarbeitet wird¹⁴. Diese Entwicklungen sind konsistent mit den Grundlagen auf nationaler Ebene, welche bis spätestens 2050 für die dezentrale Erzeugung von Raumwärme einzelner Gebäude kein Gas mehr vorsehen¹⁵. Aufgrund der kantonalen Gesetzgebung ist zudem davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren vermehrt Gasheizungen durch erneuerbare Lösungen ersetzt werden. Es ist deshalb zu erwarten, dass für verbleibende Gasnutzenden die Tarife mittelfristig steigen werden. Durch den steigenden Anteil erneuerbarem Gas wird der erwartete Preisanstieg zusätzlich verstärkt. Das Aufrechterhalten der heutigen Gasinfrastruktur birgt somit erhebliche politische und ökonomische Risiken und steht im Widerspruch zu den übergeordneten Klimazielen.

Lokale Wärmequellen

Die fossilen Wärmequellen müssen mittelfristig durch erneuerbare Lösungen ersetzt werden. Folgende Potenziale sind lokal vorhanden: Das Potenzial der ARA-Abwärme ist aktuell noch nicht ausgeschöpft und liegt total bei rund 13.5 MW, hinzu kommt in sehr beschränktem Ausmass Potenzial aus Hochtemperaturabwärme. Die Erdwärme ist gemäss kantonalen Grundlagen mit wenigen Ausnahmen auf nahezu dem gesamten Gemeindegebiet zulässig. Die Umsetzbarkeit muss jedoch im Einzelfall geprüft werden und bei einer

¹³ Energie Wasser Bern (2024): Der Berner Weg zur Energiewende, Medienmitteilung 01.11.2024

¹⁴ Gemeinde Köniz (2025): Gemeinde Köniz erarbeitet Strategie zum Gasausstieg, Medienmitteilung 28.08.2025

¹⁵ Bundesamt für Energie (2020): Energieperspektiven 2050+, 26.11.2020 (aktualisiert 12.04.2022)

verstärkten Nutzung sollte den Themen Wärme-Regeneration über die Sommermonate und einer koordinierten Nutzung zusätzliche Beachtung geschenkt werden.

Zusätzlich zur Abwärme und Erdwärme können die Umgebungsluft und die Sonne als Wärmequelle genutzt werden. Biomasse ist regional zwar theoretisch vorhanden und könnte als weitere Wärmequelle genutzt werden. Das nachhaltig nutzbare Potenzial ist jedoch beschränkt und sollte insbesondere auf Anwendungen mit hohem Temperaturbedarf oder zur Deckung von Spitzen im Winter beschränkt werden¹⁶. Auf eine Förderung der Holznutzung als Energieholz sollte deshalb im Grundsatz verzichtet werden. Der Kanton Bern empfiehlt insbesondere die Nutzung von ortsgebundener Abwärme und Umweltwärme prioritär zu nutzen¹⁷.

Wärmekollektiv Bremgarten

Seit ungefähr 40 Jahren besteht in Bremgarten bei Bern mit dem Wärmekollektiv Bremgarten (WKB) eine leitungsgebundene Wärmeversorgung, eine Erneuerung ist angezeigt. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Varianten für die Erneuerung und mögliche Weiterentwicklung geprüft. Dabei wurden sowohl Varianten unter Beibehaltung des heute tiefen Temperaturniveaus als auch eine zentrale Anhebung des Temperaturniveaus und dadurch Vergrösserung des Erschliessungspotenzials geprüft. Das Potenzial des Wärmekollektivs Bremgarten bei einem Wechsel auf ein höheres Temperaturniveau liegt bei etwa 2.4 MW¹⁸. Dabei können insbesondere grössere Liegenschaften mit hohem Energiebedarf zusätzlich versorgt werden, welche für die erfolgreiche Zielerreichung besonders zentral sind. Der Gemeinderat hat sich aufgrund der Erweiterbarkeit für Neuanschlüsse, der angestrebten Substitution der Erdgasversorgung und mit Blick auf die übergeordneten Klimaziele dazu entschieden, die Variante mit Anhebung des Temperaturniveaus weiterzuverfolgen. Hinzu kommt, dass durch diesen Wechsel die Versorgung an einen professionellen Contractor übergeben werden kann.

Fazit Wärmeversorgung

Der Wärmesektor ist die grösste Emissionsquelle der Gemeinde Bremgarten bei Bern. Der Gebäudesektor muss bis spätestens 2050 vollständig mit fossilfreien Energiequellen versorgt werden, um die nationalen Energie- und Klimaziele zu erreichen. Ein Aufrechterhalten der Gasinfrastruktur im heutigen Ausmass birgt substantielle regulatorische, ökologische, aber auch finanzielle Risiken. Der Ausstieg aus Erdgas muss aktiv angegangen werden, eine allfällige Stilllegung ist frühzeitig zu planen und kommunizieren. Idealerweise ist diese auf das kommunale Netto-Null-Zieljahr abgestimmt. Auf Holz als erneuerbare Wärmequelle ist aufgrund der Risiken hinsichtlich Versorgungssicherheit und Preisentwicklung, wenn möglich zu verzichten. Das Wärmekollektiv Bremgarten bietet gute Voraussetzung die Transformation in dicht bebauten Gebieten der Gemeinde zu unterstützen. Ergänzend ist durch die in grossen Teilen der Gemeinde mögliche Erdwärmennutzung die Voraussetzung auch für dezentrale Lösungen gut. Die Umsetzbarkeit ist jedoch im Einzelfall zu prüfen. Insbesondere für kleinere und mittelgrosse Gebäude bieten auch Luft-Wasser-Wärmepumpen gute Möglichkeiten.

¹⁶ Amt für Umwelt und Energie (2024). Nachhaltige und effiziente Biomassennutzung im Kanton Bern – Schlussbericht, 03.05.2024

¹⁷ Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern (2011): Kommunalen Richtplan Energie – Arbeitshilfe, Dezember 2011

¹⁸ Atelier Energie Zukunft (2024): Zukünftige Ausrichtung der Wärmeversorgung Gemeinde Bremgarten b. Bern – Wärmekollektiv Bremgarten, 20.12.2025

2.3.3 Treibhausgasbilanz der Gemeindeverwaltung

THG-Emissionen 2023 der Gemeindeverwaltung

Bei der THG-Bilanz der Gemeindeverwaltung werden die Emissionen bilanziert, welche durch die Tätigkeiten der Gemeindeverwaltung von Bremgarten bei Bern im Basisjahr 2023 verursacht werden.¹⁹ Insgesamt werden durch die Tätigkeiten der Gemeindeverwaltung von Bremgarten bei Bern 300 t CO₂eq ausgestossen (Abb. 9). Die relativen Emissionen belaufen sich auf rund 13 t CO₂eq pro FTE (Vollzeitäquivalent).

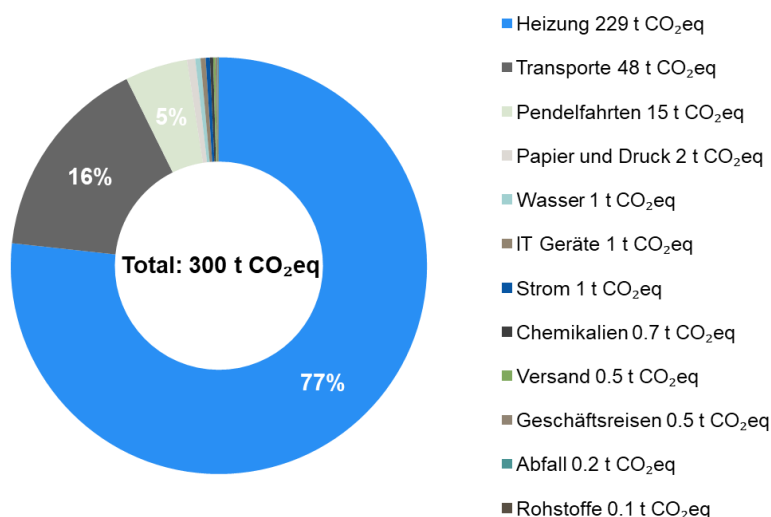


Abbildung 9: THG-Emissionen in t CO₂eq für das Basisjahr 2023 der Gemeindeverwaltung von Bremgarten bei Bern.

Hotspot Heizung

Die Emissionen der Heizungen machen 77 % (229 t CO₂eq) der Gesamtemissionen aus und sind somit die grössten Emissionsquellen. Die THG-Emissionen der Heizungen sind auf den hohen Anteil an fossilen Energien zurückzuführen, die in den kommunalen Gebäuden zu Heizzwecken verbrannt werden. Die Emissionen aus dem Heizöl- und Erdgasverbrauch der gemeindeeigenen Gebäude summieren sich auf 212 t CO₂eq (93 % der Heizungsemissionen). Der Heizöl- und Erdgasverbrauch macht dabei 57 % des gesamten Energieverbrauchs Wärme der kommunalen Gebäude aus (Abb. 10).

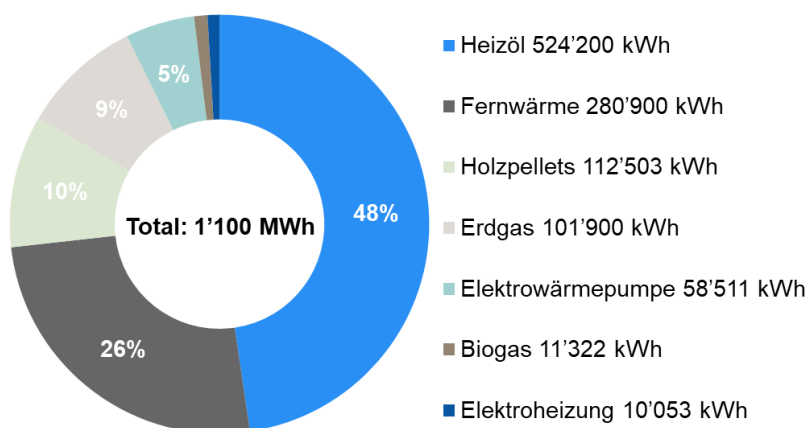


Abbildung 10: Energieverbrauch Wärme der kommunalen Gebäude in kWh für das Basisjahr 2023 der Gemeindeverwaltung von Bremgarten bei Bern.

¹⁹ Detaillierter Methodikbeschrieb der Verwaltungsbilanz ist im Dokument «Methodik_THG-Bilanz_Gemeindeverwaltung_Bremgarten_2023.pdf» zu finden (zugestellt an Energiekommission).

Weitere Emissionsquellen

Ebenfalls relevante Emissionsquellen sind die Transporte und Betriebsfahrten mit 16 % (48 t CO₂eq) sowie die Pendelfahrten der Mitarbeitenden mit einem Anteil von 5 % (15 t CO₂eq). Die Transportemissionen sind einerseits auf die Treibstoffverbräuche der Fahrzeuge des Werkhofs zurückzuführen, wo insbesondere Diesel und Benzin für den Betrieb der Fahrzeuge verwendet werden. Diesel ist mit Abstand der am häufigsten eingesetzte Treibstoff (88 % der Gesamtmenge). Ausserdem entstehen durch die Abfallfahren mit externen Fahrzeugen ebenfalls relevante THG-Emissionen (19 t CO₂eq). Die Emissionen der Pendelfahrten werden fast ausschliesslich durch die Pendelstrecken mit dem Auto verursacht (90 % bzw. 13 t CO₂eq).

Die weiteren berücksichtigten Kategorien sind nur von untergeordneter Relevanz und machen zusammengefasst rund 2 % (8 t CO₂eq) der Gesamtemissionen aus. Lediglich die Emissionen aus dem Papier-, Wasser- und Stromverbrauch sowie aus der Beschaffung der IT-Geräte verursachen noch jeweils rund 1 t CO₂eq.

2.3.4 Anpassung an den Klimawandel

Risikobetroffenheitsanalyse

Die Analyse zur Risikobetroffenheit orientiert sich am BAFU-Tool für Klimawandelanpassung²⁰. Im Zentrum der Analyse steht die Identifikation von klimawandelbedingten Risiken in Bereichen wie Planung und Bau, Gesundheit, Biodiversität und Naturgefahren. Die einzelnen Risiken werden hinsichtlich ihrer aktuellen und zukünftigen Betroffenheit systematisch bewertet (heute betroffen / künftig betroffen / wenig betroffen). Als Entscheidungsgrundlage dienen Klimamodelle, Szenarien und Gefahrenkarten des National Centre for Climate Services (NCCS), des BAFU sowie des Kantons Bern, die regionalen und lokalen Auswirkungen des Klimawandels abbilden.

Die Analyse umfasst das gesamte Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern, einschliesslich Siedlungsraum, Infrastrukturen, Naturräume sowie gesundheitsrelevanter Bereiche. Dabei liegt der Fokus gezielt auf Risiken, die durch kommunale Massnahmen beeinflussbar sind. Die detaillierten Entscheidungsgrundlagen sind im Anhang zu finden (*Anhang 3*).

Als zentrale Stakeholder für die Anpassungen an den Klimawandel werden Gemeinderat, Verwaltung, Fachbüros, Energieversorger, Zivilschutz sowie die Bevölkerung, Liegenschaftsbesitzende und lokale Unternehmen identifiziert.

²⁰ BAFU, 2023: Online-Tool Anpassung an den Klimawandel für Gemeinden: <https://www.nccs.admin.ch/nccs/de/home/materialien-und-daten/daten/gemeindetool.html> (Zugriff am 30.09.2025)

Bremgarten bei Bern ist...	betroffen	in Zukunft betroffen	wenig betroffen
Bewältigung von Naturereignissen			
Zunehmende Schäden durch Hochwasser			
Zunehmende Schäden durch Oberflächenabfluss			
Zunehmende Schäden durch Rutschungen und Sturzprozesse			
Zunehmende Schäden durch Waldbrand			
Zunehmende Schäden durch Sturm			
Zunehmende Schäden durch Hagel			
Biodiversität			
Negative Veränderung der Biodiversität			
Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten			
Gesundheit			
Hitzebedingte Erkrankungen und Todesfälle ²¹			
Neu auftretende Krankheitserreger und -überträger			
Landwirtschaft			
Reduzierte Verfügbarkeit von Wasser			
Erosion landwirtschaftlicher Böden			
Waldwirtschaft			
Beeinträchtigte Waldleistungen wegen Klimastress			
Beeinträchtigte Waldleistungen wegen Naturereignissen (inkl. Waldbrand)			
Planung, Bau und Unterhalt			
Überhitzte Siedlungen und Gebäude			
Hitzebedingte Beeinträchtigung von Verkehrsinfrastrukturen			
Steigender Energiebedarf für Kühlzwecke			
Steigender Aufwand beim Unterhalt von Grünflächen			
Zunehmende Gefährdung durch Hochwasser ²²			
Zunehmende Gefährdung durch Oberflächenabfluss ²³			
Zunehmende Gefährdung durch Rutschungen und Sturzprozesse ²³			
Zunehmende Gefährdung durch Waldbrand ²³			
Zunehmende Gefährdung durch Sturm ²³			
Zunehmende Gefährdung durch Hagel ²³			

²¹ Für die Gemeinde Bremgarten bei Bern liegen derzeit noch keine spezifischen statistischen Daten zur hitzebedingten Sterblichkeit vor. Es stehen lediglich bundesweite Zahlen zur Verfügung. Daher lässt sich aktuell nicht eindeutig beurteilen, ob Bremgarten bei Bern bereits heute vom Risiko betroffen ist.

²² Gleiche Bewertungsgrundlagen wie bei der Bewältigung von Naturereignissen jedoch mit Fokus auf Vorsorge durch Infrastruktur mit dem Ziel der langfristige Risikominimierung durch bauliche und planerische Vorkehrungen.

3. Handlungsfelder

Handlungsfelder

Für die Gemeinde Bremgarten bei Bern werden basierend auf der Situationsanalyse (2. *Situationsanalyse*) sechs Handlungsfelder²³ definiert:

- Energieversorgung Gebäude
- Mobilität
- Konsum und Kreislaufwirtschaft
- Anpassung an den Klimawandel
- Vorbild Gemeinde
- Querschnittsaufgaben

Um das breite Themenspektrum in den beiden Handlungsfeldern Anpassung an den Klimawandel und Vorbild Gemeinde zu fokussieren, werden zusätzlich prioritäre Stossrichtungen definiert.

Stossrichtungen Anpassung an den Klimawandel

Im Handlungsfeld Anpassung an den Klimawandel werden die betroffenen Sektoren anhand der Risikobetroffenheit, des Schadenpotenzials, des Handlungsspielraums und der Umsetzungsreife bewertet (*Anhang 3*) und vier prioritäre Stossrichtungen definiert:

- Biodiversität
- Planung, Bau und Unterhalt
- Gesundheit
- Bewältigung von Naturereignissen

Stossrichtung Vorbild Gemeinde

Im Handlungsfeld Vorbild Gemeinde decken drei Stossrichtungen 98 % der Gesamtemissionen der THG-Bilanz der Gemeindeverwaltung (2.3.3 *Treibhausgasbilanz der Gemeindeverwaltung*) ab: Gebäude, Betriebsfahrten und Pendelfahrten. Da unter diesen drei Stossrichtungen die THG-Emissionen aus den kommunalen Gebäuden mit 77 % den grössten Hotspot darstellt und der Handlungsspielraum dort besonders gross ist, wird der Fokus in diesem Handlungsfeld auf die Stossrichtung Gebäude gelegt.

4. Ziele

Klimaschutz und Energie

Die folgenden übergeordneten Zielvorgaben bilden den Rahmen im Bereich Klimaschutz und Energie: Die Schweiz verfolgt gemäss KIG das Ziel, bis spätestens 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Auf kantonaler Ebene ist dieses Ziel in der Berner Kantonsverfassung mit dem Klimaschutzartikel (Art. 31a) verankert. Gemäss KIG sollen zudem Bund und Kantone für ihre zentralen Verwaltungen das Netto-Null-Ziel bis 2040 verfolgen. Der Trägerverein Energiestadt gibt diese beiden Zielvorgaben (2050 Gemeindegebiet und 2040 Gemeindeverwaltung) ebenfalls als Minimalanforderung vor.

Mehrere Gemeinden in der Region haben sich ambitioniertere Zielsetzungen gesetzt und frühere Netto-Null-Zieljahre definiert. Um im auf kommunaler Ebene zentralen Wärmesektor konsistent mit den übergeordneten Zielen zu handeln, muss bei der Erzeugung von Raumwärme auf fossile Technologien verzichtet werden. Verbrennungsprozesse sind künftig primär im Bereich der Prozesswärme oder gewisse Anwendungen im Bereich der Mobilität vorgesehen.

²³ In den Sektoren Industrie und Wirtschaft sowie Landwirtschaft gibt es nur einzelne Unternehmen bzw. Betriebe und diese Sektoren werden somit nicht als separates Handlungsfeld definiert. Bei den Massnahmen des Aktionsplans werden diese Sektoren aber auch miteinbezogen.

Netto-Null-Ziel bis 2045 Gemeindegebiet

Basierend auf der Situationsanalyse (2. *Situationsanalyse*) sowie in Abstimmung mit den übergeordneten Zielvorgaben und den Netto-Null-Zielen von Gemeinden aus der Region, setzt sich die Gemeinde Bremgarten bei Bern das Ziel, die THG-Emissionen auf dem Gemeindegebiet bis 2045 auf Netto-Null zu senken. Die schwervermeidbaren Restemissionen werden durch CO₂-Entfernung (Senken) ausgeglichen. Nachfolgende Abbildung 10 zeigt eine schematische Visualisierung des linearen Absenkpads:

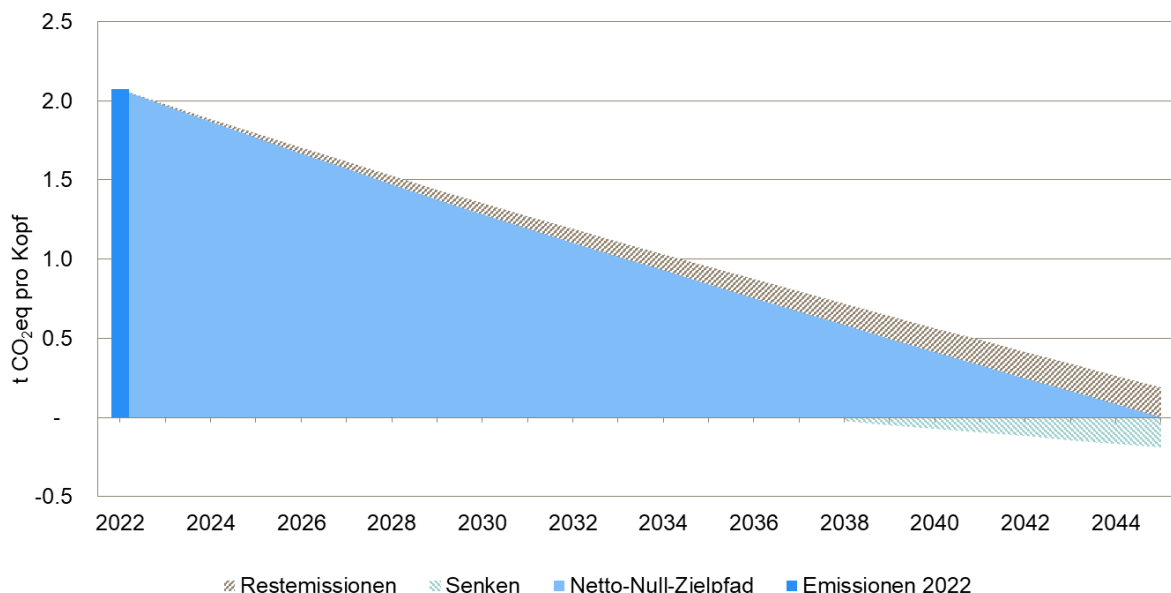


Abbildung 11: Linearer Absenkpfad (Netto-Null-Zielpfad) für die THG-Emissionen auf dem Gemeindegebiet in t CO₂eq pro Kopf (Einwohnende) von 2.04 t CO₂eq pro Kopf 2022 auf Netto-Null bis 2045 (vereinfachte Darstellung). Schematische Darstellung des Zusammenspiels der schwervermeidbaren Restemissionen und der CO₂-Entfernung (Senken).

Netto-Null-Ziel bis 2040 Gemeindeverwaltung

Basierend auf der Situationsanalyse (2. *Situationsanalyse*) sowie in Abstimmung mit den übergeordneten Zielvorgaben und den Netto-Null-Zielen von Gemeinden aus der Region, setzt sich die Gemeinde Bremgarten bei Bern das Ziel, die THG-Emissionen der Gemeindeverwaltung bis 2040 auf Netto-Null zu senken. Die schwervermeidbaren Restemissionen werden durch CO₂-Entfernung (Senken) ausgeglichen. Dies anhand eines linearen Absenkpads, der nachfolgend schematisch visualisiert ist:

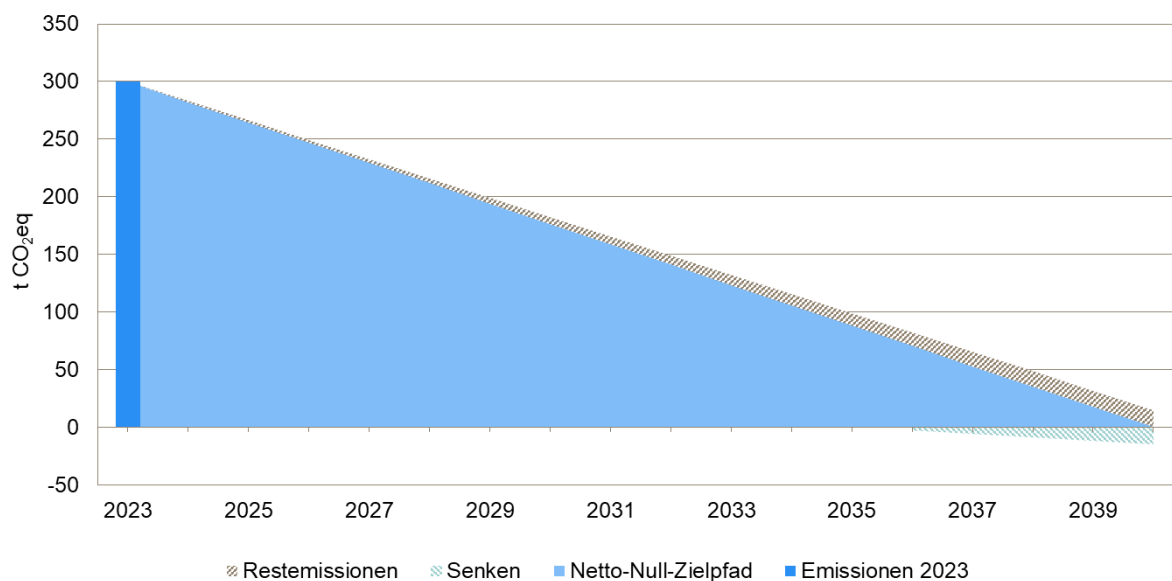


Abbildung 12: Linearer Absenkpfad (Netto-Null-Zielpfad) für die THG-Emissionen der Gemeindeverwaltung in t CO₂eq von 300 t CO₂eq 2023 auf Netto-Null bis 2040 (vereinfachte Darstellung). Schematische Darstellung des Zusammenspiels der schwer vermeidbaren Restemissionen und der CO₂-Entfernung (Senken).

Anpassung an den Klimawandel

Die folgenden übergeordneten Zielvorgaben bilden den Rahmen für den Bereich Anpassung an den Klimawandel: Die nationale Strategie zur Anpassung an den Klimawandel 2012 verfolgt das Ziel, Risiken zu minimieren, Bevölkerung, Sachwerte und natürliche Lebensgrundlagen zu schützen sowie die Anpassungsfähigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt zu stärken. Gleichzeitig sollen sich daraus ergebende Chancen gezielt genutzt werden.

Gemäss der Berner Kantonsverfassung (Art. 31a) sind die Gemeinden dazu aufgefordert, ihre Fähigkeit zur Anpassung an die nachteiligen Auswirkungen der Klimaveränderung zu stärken.

Qualitatives Ziel Anpassung an den Klimawandel

Basierend auf der Situationsanalyse (2. *Situationsanalyse*) sowie in Abstimmung mit den übergeordneten Zielvorgaben, setzt sich die Gemeinde Bremgarten bei Bern das folgende qualitative Ziel für die Anpassung an den Klimawandel:

«Die Gemeinde Bremgarten bei Bern erhöht ihre Resilienz gegenüber den Auswirkungen der Klimaerwärmung, indem sie Siedlungsräume klimaangepasst gestaltet, die Biodiversität stärkt, die Gesundheit vulnerabler Bevölkerungsgruppen schützt und sich systematisch auf Extremwetterereignisse vorbereitet.»

5. Massnahmen

Aktionsplan 2026 – 2029

Das zentrale Element zur Erreichung der definierten Ziele (4. *Ziele*) bildet der Aktionsplan mit Massnahmen für die sechs Handlungsfelder (3. *Handlungsfelder*) der Energie- und Klimastrategie. Jedes Handlungsfeld umfasst bestehende Massnahmen, die fortzusetzen und gegebenenfalls zu verstärken sind sowie neue Massnahmen. Für die prioritären neuen Massnahmen wurde jeweils ein Massnahmenblatt mit detaillierten Angaben zur Umsetzung erarbeitet (*Anhang 1*).

Der Aktionsplan ist für den Zeitraum 2026 bis 2029 ausgelegt. Der Zeitraum entspricht der Dauer einer Legislatur und ist damit planbar.

Bei grösseren Zeithorizonten nehmen die Unsicherheiten der Entwicklungen des Umfelds zu. Spätestens nach Umsetzung der Massnahmen 2029 soll der Aktionsplan weiterentwickelt und gegebenenfalls neue Massnahmen zur Erreichung der Ziele definiert werden. Im Anhang sind dazu weitere Massnahmenideen aufgelistet (*Anhang 2*).

Handlungsfeld Energieversorgung Gebäude

Im Handlungsfeld Energieversorgung Gebäude gibt es unter anderem folgende bestehende Massnahmen:

- Einführung Stromkonzession mit Reglement (erledigt)
- Ausbau WKB und neue Anschlüsse ermöglichen (aktiv)
- Weiterbetrieb WKB mit Provisorium anstelle Gas (aktiv)
- Konsequenter Ersatz mit energieeffizienten Geräten (aktiv)
- Sensibilisierungsprojekt zu Wasser- und Energieeffizienz mit vergünstigten und wassersparenden Duschbrausen (aktiv)
- Organisierte Boilerentkalkungen in gemeindeeigenen Liegenschaften (aktiv)
- Abgabe auf den Gasverbrauch zur Äufnung des Förderprogramms «Erneuerbare Energien und Energieeffizienz» (aktiv)
- Koordination WKB zwischen Fachabteilungen der Gemeinde, Energiedienstleistern, Planerinnen und Liegenschaftseigentümer (aktiv)
- Förderung von Heizungsersatz Öl-/Gas-/Elektroheizung durch erneuerbare Lösungen mit Förderprogramm «Erneuerbare Energien und Energieeffizienz» (aktiv)

Aufgrund der grossen Relevanz der Energieversorgung der Gebäude zur Erreichung der Netto-Null-Ziele der Gemeinde Bremgarten bei Bern, werden in diesem Handlungsfeld sechs prioritäre neue Massnahmen definiert:

Nr.	Massnahme	Ressort	2026	2027	2028	2029
E1	Wärmekollektiv Bremgarten ausbauen und fossilfrei gestalten	SOZ				
E2	Gasausstieg planen und umsetzen	BIU				
E3	Kleinere Wärmeverbünde in Gebieten ausserhalb WKB fördern	HPV				
E4	Dämmung der Gebäudehülle gegen Energieverluste fördern	HPV				
E5	Stromproduktion aus PV-Anlagen erhöhen	HPV				
E6	Heizungsdaten im GWR aktualisieren	HPV				

Handlungsfeld Mobilität

Im Handlungsfeld Mobilität gibt es unter anderem folgende bestehende Massnahmen:

- Überfahrten und Absenkungen von Gehwegen (erledigt)
- Elektrifizierung der Buslinie 21 von Bernmobil mit Ladestation an Endstation (erledigt)
- Mobility Standort mit zwei Sharing-Fahrzeugen (erledigt)
- Gemeindeeigene Verkehrsmessungen mit Visispeed (aktiv)
- Umsetzung der Verkehrsmassnahmen aus dem Gesamtverkehrskonzept (in Arbeit)
- Parkierungsverordnung erweitern / Bewirtschaftungen einführen (in Arbeit)

Im Handlungsfeld Mobilität werden zwei prioritäre neue Massnahmen definiert:

Nr.	Massnahme	Ressort	2026	2027	2028	2029
M1	Fuss- und Veloverkehr fördern	HPV				

M2	Rahmenbedingungen für Ladeinfrastruktur E-Mobilität schaffen	HPV				
----	--	-----	--	--	--	--

Handlungsfeld Konsum und Kreislaufwirtschaft	Im Handlungsfeld Konsum und Kreislaufwirtschaft gibt es folgende bestehende Massnahmen: – System zur Separatsammlung von Wertstoffen an mehreren Standorten (erledigt) – Zusätzliche drei freiwillige Sammelstellen im Dorf (erledigt) – Freiwillige PET-Sammlung bei einigen Sammelstellen (erledigt) – Optimierung der Abfallsammelstellen mit Niederfluranlagen (in Arbeit)
---	--

Im Handlungsfeld Konsum und Kreislaufwirtschaft wird eine prioritäre neue Massnahme definiert:

Nr.	Massnahme	Ressort	2026	2027	2028	2029
K1	Bevölkerung für Kreislaufwirtschaft und graue Energie aus Konsum sensibilisieren	BIU				

Handlungsfeld Anpassung an den Klimawandel	Im Handlungsfeld Anpassung an den Klimawandel gibt es folgende bestehende Massnahmen: – Gefahrenanalyse der Naturgefahren mit Kanton (erledigt) – Publikationen zu Holzfeuerung und Mottfeuer (erledigt) – Umsetzung des Konzepts zur Biodiversitätsförderung (aktiv) – Umsetzung des Grünpflegekonzepts (aktiv) – Teilnahme Projekt «Smart Urban Heat Map Bern» mit Messstelle (aktiv) – Sensibilisierung mit Auszeichnungen für BiodiversitätsBalkon und BiodiversitätsGarten (aktiv) – Baumpflanzungen und Entsiegelungen bei Pausenplatz UST und Endstation Bus (in Arbeit) – Umgestaltung Aareufer Renaturierung (erledigt) und Seftau (in Arbeit)
---	---

Im Handlungsfeld Anpassung an den Klimawandel werden drei prioritäre neue Massnahmen definiert:

Nr.	Massnahme	Ressort	2026	2027	2028	2029
A1	Begrünungsprogramm zur Hitzereduktion und Biodiversitätsförderung umsetzen	HPV				
A2	Hitzeaktionsplan zum Schutz vulnerabler Gruppen entwickeln	SOZ				
A3	Klimaangepasstes Bauen und Sanieren bei Bauvorhaben fördern	HPV				

Handlungsfeld Vorbild Gemeinde	Im Handlungsfeld Vorbild Gemeinde gibt es folgende bestehende Massnahmen: – Machbarkeitsstudie zum PV-Potenzial auf den kommunalen Gebäuden (erledigt) – Treibhausgasbilanzen des Gemeindegebiets und der Verwaltung (erledigt)
---------------------------------------	---

- Unterstützung des regionalen Projekts «Dekarbonisierung Region Bern» (aktiv)
- Seit 2016 Auszeichnung mit dem Label Energiestadt und kontinuierlicher Fortschritt dank den Energiestadt-Instrumenten wie des Aktivitätenprogramms und der Energiebuchhaltung (aktiv)
- Durchführung und Analyse der Energiebuchhaltung der kommunalen Liegenschaften (aktiv)
- Umsetzung der PV-Machbarkeitsstudie mit der Installation diverser PV-Anlagen (in Arbeit)

Im Handlungsfeld Vorbild Gemeinde werden drei prioritäre neue Massnahmen definiert:

Nr.	Massnahme	Ressort	2026	2027	2028	2029
G1	Fossile Heizungen in kommunalen Liegenschaften ersetzen	FSL				
G2	PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften erstellen	FSL				
G3	Betriebsoptimierungen in kommunalen Liegenschaften durchführen	FSL				

Handlungsfeld Querschnittsaufgaben

Die Kommunikation und Sensibilisierung ist eine zentrale Querschnittsaufgabe der Gemeinde zur Begleitung der Massnahmen der Energie- und Klimastrategie. Ziel ist es, die Bevölkerung und weitere relevante Stakeholder regelmässig und zielgerichtet über relevante Themen und Massnahmen in den verschiedenen Handlungsfeldern zu informieren und für energie- und klimarelevante Zusammenhänge zu sensibilisieren. Für die Kommunikation der Gemeinde Bremgarten bei Bern zeichnet sich das Ressort Präsidiales und Kultur (PRK) mit Unterstützung aus den jeweiligen Fachbereichen verantwortlich. Folgende Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen sollen dazu weitergeführt bzw. verstärkt werden:

- Gemeindewebsite: Aktuelle Informationen zu Energie- und Klimathemen sind auf der Website der Gemeinde Bremgarten bei Bern zu finden sein.
- Dorfzeitung «dr Wecker»: In jeder Ausgabe des Weckers wird mindestens ein Beitrag oder Information zu einem Energie- oder Klimathema integriert.
- Veranstaltungen: Pro Jahr werden mindestens zwei thematische Anlässe zu Energie- und Klimathemen organisiert.

Eine transparente und kontinuierliche Kommunikation fördert das Verständnis, die Mitwirkung sowie die Akzeptanz in der Bevölkerung und der weiteren relevanten Stakeholder.

Auf die weiteren Querschnittsaufgaben wie genügend Ressourcen zur Verfügung stellen (6. *Ressourcen*), ein Monitoring zur Zielerreichung und Massnahmenumsetzung aufbauen (7. *Monitoring*) und die Umsetzung der Energie- und Klimastrategie mit einer entsprechenden organisatorischen Verankerung ermöglichen (8. *Organisatorische Verankerung*) wird in den nachfolgenden Kapiteln eingegangen.

**Wirkungsabschätzung
Massnahmen bis 2045
Gemeindegebiet**

Um die geplanten Massnahmen des Aktionsplans 2026 – 2029 in Bezug zur Zielsetzung Netto-Null-Emissionen zu setzen, wurde eine Abschätzung der erwarteten Emissionsreduktion bis zum Zieljahr 2045 vorgenommen. Da nicht alle Massnahmen im Umfang und Zeitpunkt klar definiert sind und wesentliche Unsicherheiten hinsichtlich übergeordneter technologischer und regulatorischer Entwicklungen bestehen, ist die Abschätzung also grobe Indikation zu verstehen. Den Fortschritt in Bezug auf den Netto-Null-Zielpfad (4. Ziele) gilt es regelmässig zu überprüfen und bei Bedarf entsprechende ergänzende Massnahmen zu treffen.

Ausgehend von den Emissionen im Basisjahr 2022 ist aus heutiger Perspektive und unter der Annahme, dass die Massnahmen über die gesamte Dauer aufrechterhalten werden, mit einer Reduktion in der Grössenordnung von knapp Dreiviertel der Emissionen auf dem gesamten Gemeindegebiet zu rechnen (Abb. 13).

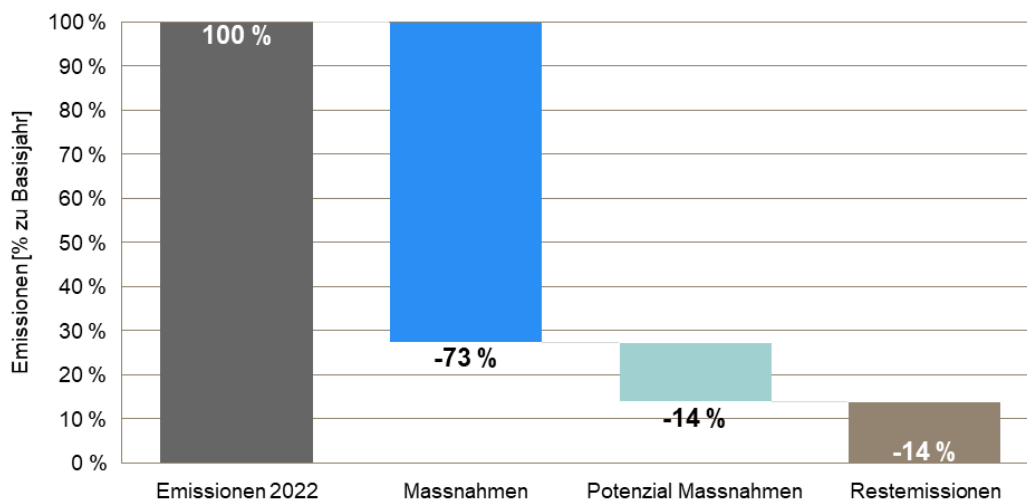


Abbildung 13: Gesamtemissionen für das Basisjahr 2022 des Gemeindegebiets von Bremgarten bei Bern (Emissionen 2022), abgeschätzte Reduktion mit definierten Massnahmen (Massnahmen), zusätzliches Potenzial in den adressierten Emissionskategorien (Potenzial Massnahmen) und die verbleibenden Emissionen aus den nicht adressierten Emissionskategorien (Restemissionen).

Zur Abschätzung der Emissionsreduktion wurden dabei folgende Annahmen getroffen:

- Die Sanierungsrate wird um 0.1 Prozentpunkte gesteigert und der Anteil an Gesamtsanierungen kann erhöht werden.
- Auf Basis der Erfahrungswerte anderer Gemeinden und Kantone, welche schon über längere Zeit ähnliche Voraussetzungen haben, wie Bremgarten bei Bern, wird beim Heizungsersatz zu Beginn davon ausgegangen, dass 90 % der Heizungen durch eine fossilfreie Lösung ersetzt werden. Dieser Anteil steigt auf 95 % an (finanzielle Unterstützung, Ausbau des WKB, regulatorischer Druck auf kantonaler Ebene).
- Durch Massnahmen im Bereich Fuss- und Veloverkehr kann das erwartete Bevölkerungswachstum ohne Zunahme des motorisierten Individualverkehrs (MIV) erfolgen.
- Abgeleitet von Prognosen der Entwicklung auf nationaler Ebene steigt der Anteil Elektrofahrzeuge beim MIV kontinuierlich an auf 95 %. Voraussetzung ist, dass die entsprechende Ladeinfrastruktur ausgebaut wird.

Gemäss Abschätzung verbleiben mit diesen Annahmen im Jahr 2045 etwa 14 % der Emissionen in den Emissionskategorien, die mit den Massnahmen adressiert werden (insbesondere Gebäude und Mobilität). Bei der periodischen Aktualisierung des Aktionsplans ist die Ausnutzung des weiteren Reduktionspotenzials zu prüfen und es sind allenfalls zusätzliche Massnahmen zu beschliessen.

Es gilt überdies zu berücksichtigen, dass die im Rahmen dieser Strategie definierten Massnahmen die wichtigsten Emissionsquellen adressieren, jedoch etwa 14 % der Gesamtemissionen aktuell nicht angegangen werden. Diese werden in obenstehender Grafik als Restemissionen ausgewiesen und wurden nicht weiter analysiert. Diese Restemissionen enthalten verschiedene schwervermeidbare Emissionskategorien (bspw. aus der Landwirtschaft). Es ist dennoch davon auszugehen, dass diese bis 2045 zumindest teilweise vermieden werden können.

Wirkungsabschätzung Massnahmen bis 2045 Gemeindeverwaltung

Analog zur Abschätzung der Emissionsreduktion auf dem Gemeindegebiet wurde die Situation der Gemeindeverwaltung (inkl. Schulhäuser) analysiert. Hier wurden rund 77 % der Gesamtemissionen mit Massnahmen adressiert (Abb. 14). Aufgrund des grösseren Handlungsspielraums der Gemeinde im Vergleich zu Massnahmen auf dem Gemeindegebiet ist davon auszugehen, dass nahezu die gesamten Emissionen der adressierten Kategorien reduziert werden können. Nicht adressiert wurden etwa 23 % der Emissionen. Dabei handelt es sich grösstenteils um vor- und nachgelagerte Emissionen aus den Kategorien Transporte, Pendelfahrten und Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen.

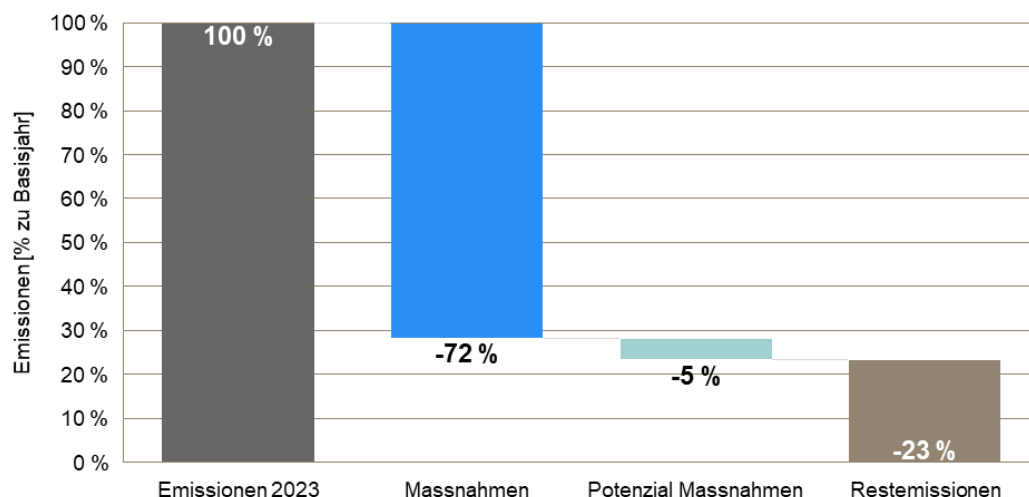


Abbildung 14: THG-Emissionen für das Basisjahr 2023 der Gemeindeverwaltung von Bremgarten bei Bern (Emissionen 2023), abgeschätzte Reduktion mit definierten Massnahmen (Massnahmen), zusätzliches Potenzial in den adressierten Emissionskategorien (Potenzial Massnahmen) und die verbleibenden Emissionen aus den nicht adressierten Emissionskategorien (Restemissionen).

6. Ressourcen

Ressourcenbedarf

Die Energiewende führt zu einem grossen Investitionsbedarf für die Gemeinde, aber auch für die Bevölkerung und Unternehmen. Dazu gehören beispielsweise energetische Sanierungen von Gebäuden und Anlagen, die Beschaffung von Elektrofahrzeugen oder der Bau von PV-Anlagen, Ladeinfrastruktur, Fuss- und Velowegen, Wärmeleitungen und Heizzentralen. Für die Erreichung der definierten Energie- und Klimaziele (4. *Ziele*) sind genügend Ressourcen für die Umsetzung der Massnahmen des Aktionsplans 2026 – 2029 (5. *Massnahmen*) von zentraler Bedeutung. Zur Entlastung der personellen Ressourcen der Verwaltung soll bei einigen Massnahmen die Umsetzung über externe Fachbüros abgewickelt werden.

Mit der Umsetzung des Aktionsplans 2026 – 2029 schätzt Bremgarten bei Bern einen Ressourcenbedarf für diese Zeitperiode von rund 3.7 Mio. CHF. Darin eingerechnet sind die Kosten für die Installation von PV-Anlagen auf den kommunalen Liegenschaften (rund 1.6 Mio. CHF), das WKB (rund 1 Mio. CHF) und den Ersatz fossiler Heizungen in den kommunalen Liegenschaften (rund 0.6 Mio. CHF).

Nutzen und Ressourceneinsparung

Den Mehrkosten für die Gemeinde, Bevölkerung und Unternehmen für die Erreichung der Energie- und Klimaziele steht der Nutzen für jede einzelne Person und für die Gesamtwirtschaft gegenüber. Dieser umfasst neben der Erhöhung der lokalen Wertschöpfung die Erhöhung der Versorgungssicherheit, die Reduktion der Importabhängigkeit von fossilen Rohstoffen, Einsparungen bei den Energiekosten, die Reduktion von umweltschädlichen Emissionen sowie die Reduktion der nachteiligen Auswirkungen der Klimaerwärmung.

Finanzierung

Für die Erreichung der Energie- und Klimaziele sind hauptsächlich zusätzliche Investitionen der Gemeinde in Gebäude und Anlagen, Fahrzeuge und Infrastrukturen (Ladestationen, PV-Anlagen etc.) notwendig. Die Finanzierung der einzelnen Massnahmen wird im Rahmen der Massnahmenplanung evaluiert. Wann immer möglich werden die Massnahmen mit Fördermitteln von Bund und Kanton mitfinanziert. Refinanzierbare und wirtschaftlich günstig umzusetzende Massnahmen sind zu priorisieren.

Zusätzlich zu den Ausgaben über die Erfolgs- und Investitionsrechnung der Gemeinde Bremgarten bei Bern sollen die Förderbeiträge der Spezialfinanzierung «Erneuerbare Energien + Energieeffizienz» entnommen werden. Die Fördertatbestände werden laufend geprüft und die rechtlichen Erlasse angepasst.

7. Monitoring

THG-Bilanzen und Periodizität

Für das Monitoring der Netto-Null-Ziele (4. Ziele) dienen die THG-Bilanzen des Gemeindegebiets (2.3.1 *Treibhausgasbilanz des Gemeindegebiets*) und der Gemeindeverwaltung (2.3.3 *Treibhausgasbilanz der Gemeindeverwaltung*). Alle zwei Jahre wird eine THG-Bilanz des Gemeindegebiet basierend auf den Daten der Energie- und Klimadatenplattform²⁴ des Kantons Bern erstellt. Die THG-Emissionen aus den Tätigkeiten der Gemeindeverwaltung werden alle vier Jahre bilanziert.

Netto-Null-Dashboard

Die Resultate werden im Netto-Null-Dashboard²⁵ des Trägervereins Energiestadt gebündelt gesammelt. Neben den Indikatoren zu den THG-Emissionen werden auch die den Massnahmenblättern zugewiesenen Indikatoren alle zwei Jahre erfasst und analysiert, um den Fortschritt bei der Massnahmenumsetzung zu überprüfen. Entsprechende Entwicklungen und Vergleiche zu anderen Gemeinden werden regelmässig der Öffentlichkeit kommuniziert.

Monitoringbericht

Der Bericht zum Monitoring wird jeweils in der Energiekommission diskutiert und dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht. In einem kurzen Bericht wird das Monitoring der Energie- und Klimastrategie bestehend aus der THG-Bilanz des Gemeindegebiets und den Indikatoren des Netto-Null-Dashboards der Öffentlichkeit kommuniziert. Zudem sollen auch positive Beispiele von umgesetzten Massnahmen in die Kommunikation und Sensibilisierung miteinfließen.

8. Organisatorische Verankerung

Auftraggeber

Der Gemeinderat ist Auftraggeber der Energie- und Klimastrategie. Er legt mit der vorliegenden Strategie die Handlungsfelder, Ziele, Massnahmen und Organisation für die Umsetzung der Energie- und Klimastrategie fest.

Steuerung

Die Energiekommission wird mit der Steuerung der Energie- und Klimastrategie beauftragt. Sie überprüft alle zwei Jahre den Fortschritt der Zielerreichung und der Massnahmenumsetzung in den Handlungsfeldern. Die Steuerung entscheidet über die Massnahmenumsetzung und steuert den dafür notwendigen Bedarf an personellen und finanziellen Ressourcen.

Auch das Monitoring liegt im Zuständigkeitsbereich der Steuerung. Dazu gehören die THG-Bilanzierung sowie die Aufbereitung und Publikation des Monitoringberichts. Bei Bedarf beauftragt die Steuerung externe Fachbüros zur Unterstützung bei der Re-Bilanzierung der THG-Emissionen, beim Monitoring oder bei der Massnahmenumsetzung.

Ressorts

Die federführenden Ressorts sind für die Umsetzung der Massnahmen gemäss den Massnahmenblättern verantwortlich. Sie beteiligen sich bei Bedarf in der Energiekommission und unterstützen bei der Weiterentwicklung der Massnahmen.

²⁴ Die Daten zur Bilanzierung aller Gemeinden im Kanton Bern werden alle zwei Jahre auf der Energie- und Klimadatenplattform des Kantons Bern zur Verfügung gestellt: <https://www.weu.be.ch/de/start/themen/energie/energiedatenplattform.html> (Zugriff am 30.09.2025)

²⁵ Netto-Null-Dashboard des Trägervereins Energiestadt: <https://www.energiestadt.ch/de/ueber-energiestadt/dashboard-14295.html> (Zugriff am 30.09.2025)

Anhang

Anhang 1: Massnahmenblätter zum Aktionsplan 2026 – 2029

Nr.	Massnahme	Ressort	2026	2027	2028	2029
Handlungsfeld Energieversorgung Gebäude						
E1	Wärmekollektiv Bremgarten ausbauen und fossilfrei gestalten	SOZ				
E2	Gasausstieg planen und umsetzen	BIU				
E3	Kleinere Wärmeverbünde in Gebieten ausserhalb WKB fördern	HPV				
E4	Dämmung der Gebäudehülle gegen Energieverluste fördern	HPV				
E5	Stromproduktion aus PV-Anlagen erhöhen	HPV				
E6	Heizungsdaten im GWR aktualisieren	HPV				
Handlungsfeld Mobilität						
M1	Fuss- und Veloverkehr fördern	HPV				
M2	Rahmenbedingungen für Ladeinfrastruktur E-Mobilität schaffen	HPV				
Handlungsfeld Konsum und Kreislaufwirtschaft						
K1	Bevölkerung für Kreislaufwirtschaft und graue Energie aus Konsum sensibilisieren	BIU				
Handlungsfeld Anpassung an den Klimawandel						
A1	Begrünungsprogramm zur Hitzereduktion und Biodiversitätsförderung umsetzen	HPV				
A2	Hitzeaktionsplan zum Schutz vulnerabler Gruppen entwickeln	SOZ				
A3	Klimaangepasstes Bauen und Sanieren bei Bauvorhaben fördern	HPV				
Handlungsfeld Vorbild Gemeinde						
G1	Fossile Heizungen in kommunalen Liegenschaften ersetzen	FSL				
G2	PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften erstellen	FSL				
G3	Betriebsoptimierungen in kommunalen Liegenschaften durchführen	FSL				

E1 Wärmekollektiv Bremgarten ausbauen und fossilfrei gestalten

Handlungsfeld	Energieversorgung Gebäude
Ziel	Mit dem Ausbau des Wärmekollektivs Bremgarten (WKB) das Anschlusspotenzial der zusätzlichen Gebäude ausschöpfen und gleichzeitig den Anteil fossiler Energie (Erdgas) in der Wärmeproduktion konsistent mit dem Netto-Null-Ziel reduzieren.
Beschrieb der Massnahme	Aktuell sind rund 532 Wohneinheiten am WKB angeschlossen (Stand Aug 2025). Das Anschlusspotenzial wird mit 547 zusätzlichen Wohneinheiten (im langfristigen Horizont auch Fussacker-Siedlung) beziffert, was mehr als einer Verdoppelung entspricht. Das WKB soll zudem künftige Entwicklungen wie den Anschluss der Fussacker-Siedlung oder innere Verdichtungen (Aufstockungen etc.) tragen können. Im derzeitigen System ist das WKB auf die Verbrennung von Erdgas zur Spitzenlastdeckung angewiesen. Die Erneuerbarkeit liegt heute bei ca. 30 – 40 % und soll im Rahmen des Ausbaus des WKBs erhöht werden. Die Heizzentrale in der ARA kann individuell mit neuen Technologien dem Stand der Technik entsprechend nachgerüstet werden.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Weiterentwicklung des WKB mit Erhöhung des Temperaturniveaus und Erweiterung des Versorgungssperimeters (Neu- und Ausbau Fernwärmenetz, Erhöhung Wärmeleistung in der ARA, Erhöhung Temperaturniveau, Anschluss zusätzlicher Liegenschaften) mit geeignetem Energiedienstleister (Contractor) initialisieren. – Potenzielle Anschliessende ans WKB proaktiv informieren und beraten.
Federführung	Ressort Soziales und Gesundheit (SOZ)
Beteiligte Stakeholder	Betreibende des WKBs, Energieversorger (ewb, ARA Region Bern)
Wirkung	Der Ausbau des WKBs hat das Potenzial die THG-Emissionen im Handlungsfeld Energieversorgung Gebäude substanziell zu reduzieren. Durch die Auslagerung an einen Contractor können Ressourcen bei Verwaltung eingespart werden.
Ressourcenbedarf	hoch
Indikator Netto-Null-Dashboard	Anteil erneuerbare Wärme- und Kälteversorgung in der Gemeinde
Synergien	E2: Gasausstieg planen und umsetzen E3: Kleinere Wärmeverbünde in Gebieten ausserhalb WKB fördern

E2 Gasausstieg planen und umsetzen

Handlungsfeld	Energieversorgung Gebäude
Ziel	Mit der frühzeitigen Planung des Ausstiegs aus der Gasversorgung die substanziellen regulatorischen, ökologischen, aber auch finanziellen Risiken reduzieren, die eine Aufrechterhaltung der Gasinfrastruktur in heutigem Ausmass mit sich bringt.
Beschrieb der Massnahme	In Zukunft wird der Anteil erneuerbares Gas im Netz zunehmen, die Verfügbarkeit ist jedoch beschränkt. Zudem werden die Kosten für die Instandhaltung der Gasinfrastruktur auf immer weniger Kund:innen umgelegt. Durch diese beiden Faktoren werden sich die Tarife erhöhen. Gemäss Energieperspektiven 2050+ des Bundes soll Gas künftig nicht mehr für die dezentrale Erzeugung von Raumwärme genutzt werden. Die Stadt Bern als Eignerin von ewb hat 2024 die schrittweise Stilllegung des städtischen Gasnetzes kommuniziert (ausser einzelne spezifische Gebiete und Anwendungen). Weitere Gemeinden sind mit ewb im Austausch betreffend Gasausstieg. Der Ausstieg sollte deshalb auch in Bremgarten bei Bern abgestimmt auf die kommunalen Ziele erfolgen.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Mit dem Gasversorger ewb Kontakt aufnehmen zur Definition eines gemeinsamen Vorgehens und Zeitplans für die Stilllegung des Gasnetzes. – Der Gasausstieg ist auf die Inbetriebnahme des warmen Wärmeverbunds, aber bis spätestens auf das Zieljahr 2045 fürs Netto-Null-Ziel des Gemeindegebiets abzustimmen. – Betroffene frühzeitig über mögliche nachhaltige Alternativen (siehe Massnahmen E1 und E3) informieren.
Federführung	Ressort Betriebe, Infrastruktur, Umwelt (BIU)
Beteiligte Stakeholder	Energieversorger (ewb)
Wirkung	Durch den Gasausstieg können die rund 10 % der THG-Emissionen auf dem Gemeindegebiet, die durch die Verbrennung von Gas entstehen, reduziert werden. Zudem beeinflusst der Gasausstieg die Erneuerbarkeit des WKBs positiv. Vom Gasausstieg sind auch die gemeindeeigenen Liegenschaften betroffen.
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	Anzahl Anschlüsse am Gasnetz
Synergien	E1: Wärmekollektiv Bremgarten ausbauen und fossilfrei gestalten E3: Kleinere Wärmeverbünde in Gebieten ausserhalb WKB fördern

E3 Kleinere Wärmeverbünde in Gebieten ausserhalb WKB fördern

Handlungsfeld	Energieversorgung Gebäude
Ziel	Mit der Förderung von kleineren Wärmeverbünden (über Bereitstellung von Informationsmaterialien, Sensibilisierung, administrative Unterstützung etc.) den Wohneinheiten ausserhalb des WKB-Perimeters eine nachhaltige und effiziente Alternative für die Wärmeversorgung bieten.
Beschrieb der Massnahme	Für Wohneinheiten ausserhalb des WKB-Perimeters braucht es nachhaltige Alternativen. Zudem soll eine unkoordinierte und damit ineffiziente Nutzung erneuerbarer Wärmesysteme verhindert werden. Dazu eignen sich kleinere Wärmeverbünde in Quartieren, Reihen- oder Terrassenhaussiedlungen vorzugsweise mit der Nutzung des vorhandenen Erdwärmepotenzials. Gemäss dem grundeigentümerverbindlichen Baureglement Art. 27 besteht eine Anschlusspflicht an ein Wärmenetz, soweit dieser zweckmässig, zumutbar und die entsprechende Kapazität vorhanden ist.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Eine koordinierte Nutzung des Erdwärmepotenzials durch Erdsonden ausserhalb des erweiterten WKB-Perimeters unterstützen. Dazu ist die Schaffung und Bekanntmachung einer Koordinationsstelle bzw. Energieberatungsstelle zu prüfen. – Die Ergänzung eines Fördertatbestands für Parzellen übergreifende Nutzung von Erdwärme und Erdsondensystemen mit Regeneration des Erdreichs durch erneuerbare Wärmequellen in den Sommermonaten prüfen. – Machbarkeitsstudien für Parzellen übergreifende Nutzung von Erdwärme fördern. – Neben dem Wärmebezug soll auch das Potenzial für thermische Speicher geprüft werden.
Federführung	Ressort Hochbau, Planung und Verkehr (HPV)
Beteiligte Stakeholder	Energieversorger, Eigentümer:innen
Wirkung	Die Förderung von kleineren Wärmeverbünden hat einen wichtigen Einfluss auf die komplett fossilfreie Wärmeversorgung auch ausserhalb des WKB-Perimeters. Durch kleinere Wärmeverbünde kann mit der gemeinsamen Nutzung von Heizanlagen die Energieeffizienz insgesamt erhöht und individuelle Kosten eingespart werden.
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	Anzahl fossile Heizungssysteme
Synergien	E1: Wärmekollektiv Bremgarten ausbauen und fossilfrei gestalten E2: Gasausstieg planen und umsetzen

E4 Dämmung der Gebäudehülle gegen Energieverluste fördern

Handlungsfeld	Energieversorgung Gebäude
Ziel	Mit verbesserter Dämmung der Gebäudehülle Energieverluste (Energieverbrauch Heizungen) im Winter und im Sommer (Energieverbrauch Klimaanlage) reduzieren.
Beschrieb der Massnahme	Aktuell gibt es viele alte Gebäude mit Dämmbedarf auf dem Gemeindegebiet von Bremgarten bei Bern. Gleichzeitig werden bspw. farbliche Fassadensanierungen ohne gleichzeitige Dämmung der Gebäudehülle vorgenommen. Mit der finanziellen Förderung und Sensibilisierung soll künftig bei farblichen Sanierungen auch die Dämmung der Gebäudehülle verbessert werden. Bei farblichen Fassadensanierungen soll zudem geprüft werden, ob für geeignete Teile eine Fassaden-PV-Anlage installiert werden kann.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Die Ergänzung eines Fördertatbestands im Förderprogramm «Erneuerbare Energie und Energieeffizienz» für die Dämmung der Gebäudehülle prüfen. – Bei bauwilligungspflichtigen Anfragen mit Informationen zur Energie- und Kosteneinsparung sensibilisieren. – Bei farblichen Fassadensanierungen die Prüfung der Installation einer Fassaden-PV-Anlage an geeigneten Hauswänden unterstützen. – Erhöhung der Förderung von GEAK plus, Gebäudesanierung Minergie/Plusenergie-Zertifikat, Gebäudesanierung nach GEAK-Klassen (mit Verbesserung von zwei oder mehr GEAK-Klassen) prüfen.
Federführung	Ressort Hochbau, Planung und Verkehr (HPV)
Beteiligte Stakeholder	Mieterinnen und Eigentümer
Wirkung	Die verbesserte Fassdämmung leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Energieeffizienz und damit zur Reduktion des Energieverbrauchs.
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	-
Synergien	E1: Wärmekollektiv Bremgarten ausbauen und fossilfrei gestalten E2: Gasausstieg planen und umsetzen E5: Stromproduktion aus PV-Anlagen erhöhen (Fassaden-PV)

E5 Stromproduktion aus PV-Anlagen erhöhen

Handlungsfeld	Energieversorgung Gebäude
Ziel	Mit der Förderung der Erstellung von Photovoltaik (PV)-Anlagen die Ausnutzung des Solarpotenzials auf dem Gemeindegebiet erhöhen.
Beschrieb der Massnahme	Das Produktionspotenzial von Strom aus Sonnenenergie auf dem Gemeindegebiet wird per 31. Juli 2025 nur zu 10.4 % ausgenutzt, was unter dem Schweizer Durchschnitt (11.3 %) liegt. Zur Erhöhung der Ausnutzung des Produktionspotenzials bedarf es verschiedener Ansätze wie finanzielle Förderung, Sensibilisierung, Potenzialstudien, Beteiligungsmodelle etc.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Erhöhung Förderbeiträge für PV-Anlagen prüfen, insbesondere solche mit überdurchschnittlichem Anteil Winterstromproduktion (vertikale Anlagen wie bspw. Fassaden-PV-Anlagen). – Potenzialstudien durchführen zu Fassaden-PV und PV-Flächen auf Infrastrukturanlagen (bspw. über Parkplätzen) – Information und Sensibilisierung der Einwohnenden beispielsweise durch themenspezifischen Anlass sicherstellen. Bei einem Gesuch für die Installation einer PV-Anlage auf die Abstimmung mit einer gleichzeitigen Dachsanierung hinweisen. – Potenzialstudie ZEV und LEG und Prüfung von Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich ZEV/LEG durchführen. – Möglichkeiten zur Beteiligung Dritter an Solaranlagen (Beteiligungsmodelle) prüfen. – Gemeinsam mit Stromversorger (BKW) die Möglichkeit eines Quartierspeichers prüfen.
Federführung	Ressort Hochbau, Planung und Verkehr (HPV)
Beteiligte Stakeholder	Energieversorger (BKW)
Wirkung	Die THG-Emissionen aus dem Stromverbrauch werden durch den Verbrauch lokal produzierter erneuerbarer Energie mit PV-Anlagen reduziert. Unabhängige und stabile Stromkosten und zusätzliche Einnahmen mit der Einspeisevergütung. Errichtung und Betrieb der PV-Anlagen bringt Wertschöpfung und Beschäftigung in die Gemeinde.
Ressourcenbedarf	mittel
Indikator Netto-Null-Dashboard	Ausnutzung PV-Potenzial im Perimeter
Synergien	E4: Dämmung der Gebäudehülle gegen Energieverluste fördern G2: PV-Potenzial auf kommunalen Liegenschaften ausschöpfen

E6 Heizungsdaten im GWR aktualisieren

Handlungsfeld	Energieversorgung Gebäude
Ziel	Mit der Aktualisierung der Heizungsdaten im Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) die Situation und künftigen Veränderungen der THG-Emissionen im Gebäudebereich besser abbilden.
Beschrieb der Massnahme	Die kantonale Klimametrik zur Berechnung der THG-Emissionen stützt sich u.a. auf die Heizungsdaten im GWR. In den letzten acht Jahren wurden nur 37.4 % der Heizungsdaten im GWR aktualisiert. Die Heizungsdaten im GWR sollten deshalb auf den aktuellen Stand gebracht und dann laufend aktualisiert werden.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Ein Projekt zur systematischen Erhebung und Aktualisierung der Heizungsdaten im GWR für alle Gebäude auf dem Gemeindegebiet initialisieren. Dabei sollen alle Grundeigentümer:innen angeschrieben werden. – Die Weiterführung der weiteren gemeindeeigenen Statistiken (PV-Anlagen, Erdsonden, Luft-Wasser-WP, Anschlüsse Wärmekollektiv) gilt es zu prüfen. – Das Projekt soll auf die kantonalen Arbeiten zur Qualitätsverbesserung der Klimametrikdaten abgestimmt werden (voraussichtlich im Jahr 2026).
Federführung	Ressort Hochbau, Planung und Verkehr (HPV)
Beteiligte Stakeholder	-
Wirkung	Die Aktualisierung der Heizungsdaten hat keinen direkten Einfluss auf die Reduktion von THG-Emissionen. Die verbesserte Datengrundlage und damit Bilanzierung ist jedoch für einen gezielten Ressourceneinsatz sowie fürs Monitoring der Zielerreichung und Wirkungsabschätzung von umgesetzten Massnahmen wichtig.
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	Aktualität der GWR-Daten
Synergien	-

M1 Fuss- und Veloverkehr fördern

Handlungsfeld	Mobilität
Ziel	Mit der Förderung von Fuss- und Veloverkehr die Verlagerung des Modalsplits vom motorisierten Individualverkehr (MIV) hin zu mehr Fuss- und Veloverkehr begünstigen.
Beschrieb der Massnahme	Der Anteil des Fuss- und Veloverkehrs am Modalsplit ist in der Region Bern-Mittelland (ohne Zentrum) gemäss Mikrozensus 2021 ²⁶ (Seite 43) gering (zu Fuss 28.3 %, Velo 7.2 % und E-Bike 2.5 % der Wege). Der MIV verursacht fast die Hälfte (47 %) der Emissionen im Handlungsfeld Mobilität. Für die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sollen verschiedene Massnahmen umgesetzt werden.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Verkehrsberuhigungsmassnahmen des Gesamtverkehrskonzepts (Bericht «Kommunale Verkehrsberuhigung» 08.08.2023) etappenweise gemäss ihrer Dringlichkeit von 2024 bis 2027 umsetzen (Verzögerung aufgrund von Beschwerde). – Nach Umsetzung des Massnahmenplans des Gesamtverkehrskonzepts einzelne Massnahmen weiterentwickeln oder neue Massnahmen definieren. – Angebot von PubliBike mit einer Station in Bremgarten bei Bern prüfen. – Nachfrage an Angebot eines Cargo-E-Bike prüfen und bei Bedarf ein Cargo-E-Bike der Bevölkerung im Sharing-Modell anbieten. – Erhöhung der Anzahl Veloabstellplätze bei öV-Haltestellen prüfen. – Bei Bauvorhaben in Bestandesbauten auf eine genügend hohe Anzahl Velo-Parkplätze hinwirken.
Federführung	Ressort Hochbau, Planung und Verkehr (HPV)
Beteiligte Stakeholder	-
Wirkung	Mit der Förderung des Fuss- und Veloverkehrs wird der Modalsplit hin zu einem geringeren Anteil MIV verlagert, was einen mittelgrossen Einfluss auf die THG-Emissionen des Handlungsfelds Mobilität hat.
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	-
Synergien	-

²⁶ Mobilität in der Region Bern-Mittelland – Mikrozensus 2021 zum Verkehrsverhalten (2023): https://www.bernmittelland.ch/wAssets/docs/themen/verkehr/projekte/mikrozensus-2015/Mobilitaet-in-der-Region-Bern-Mittelland_MZMV-2021.pdf (Zugriff am 12.09.2025)

M2 Rahmenbedingungen für Ladeinfrastruktur E-Mobilität schaffen

Handlungsfeld	Mobilität
Ziel	Mit der Erstellung eines Elektromobilitätskonzepts soll der Ladebedarf identifiziert, die Rollen und Zuständigkeiten unter Berücksichtigung übergeordneter Rahmenbedingungen klar definiert, die Handlungsoptionen und Massnahmen ermittelt und die Grundlage für die Realisierung bedarfsgerechter Ladeinfrastruktur geschaffen werden.
Beschrieb der Massnahme	Neben Massnahmen zur Vermeidung von Verkehr, Verlagerung der Mobilität auf Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr ist die gesellschafts- und umweltverträglichere Ausgestaltung der Mobilität ein zentraler Pfeiler der Verkehrspolitik. Wichtigste Massnahme stellt diesbezüglich die Elektrifizierung des Strassenverkehrs dar. Mit einem Elektromobilitätskonzept soll der erwartete Bedarf abgeschätzt und Ziele und Massnahmen definiert werden, um diese Entwicklung zu ermöglichen.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	Erarbeitung eines Konzepts mit folgenden Inhalten: – Analyse der aktuellen Mobilitäts- und Infrastruktursituation – Abschätzung des zukünftigen Ladebedarfs – strategische Zieldefinition für Bremgarten bei Bern – Entwicklung konkreter Massnahmen und Umsetzungshilfen – Überblick zu Förderprogrammen und Finanzierungshilfen
Federführung	Ressort Hochbau, Planung und Verkehr (HPV)
Beteiligte Stakeholder	Fachbüro
Wirkung	Der Verkehr ist nach dem Wärmesektor die zweitgrösste Emissionsquelle in der Gemeinde Bremgarten bei Bern. Jährlich werden durch den Verkehr gemäss THG-Bilanzierung 2022 etwa 1'000 Tonnen THG-Emissionen verursacht. Die Elektrifizierung des Strassenverkehrs hat eine grosse Bedeutung zur Senkung dieser Emissionen. Mit lokalen Ladestationen können unnötige Fahrten vermieden.
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	Anzahl öffentliche Ladestationen pro 1'000 EW
Synergien	-

K1**Bevölkerung für Kreislaufwirtschaft und graue Energie aus Konsum sensibilisieren**

Handlungsfeld	Konsum und Kreislaufwirtschaft
Ziel	Mit der Sensibilisierung der Bevölkerung für Kreislaufwirtschaft und graue Energie aus dem Konsum die vor- und nachgelagerten Emissionen reduzieren, die ausserhalb des Gemeindegebiets anfallen.
Beschrieb der Massnahme	Die Sensibilisierung der Bevölkerung soll mit verschiedenen Massnahmen und aufgrund bestehender Materialien über unterschiedliche Kanäle geschehen. Im Vordergrund steht eine angemessene und gut auffindbare Bereitstellung der Materialien und Informationen auf der Website der Gemeinde Bremgarten bei Bern.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Bevölkerung für bestehende Initiativen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft in der Region wie Repair-Café, Leihbar und Bauteilbörse der Stadt Bern sensibilisieren und ggf. zur Aufrechterhaltung der regionalen Angebote beitragen. – Bevölkerung für private Initiativen (Quartierkompostplätze, Flohmärkte, Bring- und Holtage, Sensibilisierungsaktionen, Workshops etc.) für den Aufbau und Betrieb von Stoff- und Materialkreisläufen sensibilisieren und ggf. die lokalen und regionalen Initiativen unterstützen. – Materialien und Informationen zu bereits aufbereiteten Themen auf geeigneten Kanälen zielgruppengerecht kommunizieren und auf Website bereitstellen. – Spezifische Informationen (bspw. über Förderprogramme) und Sensibilisierung der landwirtschaftlichen Betriebe über geeignete Kanäle hinsichtlich Klimaschutz in der Landwirtschaft. – Der Bevölkerung Informationen zum nachhaltigen Bauen (bspw. Baumappe von Energiestadt) und zur grauen Energie im Hoch- und Tiefbau auf der Website zur Verfügung stellen. – Auf der Website der Gemeinde Bremgarten bei Bern prüfen, ob Materialien und Informationen zur Kreislaufwirtschaft, grauer Energie und Konsum bereits zur Verfügung stehen und gut auffindbar sind. Ansonsten an geeigneten Orten ergänzen bzw. zusammenstellen. – Beim Verkauf oder Abgabe von gemeindeeigenem Land im Baurecht die Vorgaben des Gebäudestandards Energiestadt 2025 verwenden.
Federführung	Ressort Betriebe, Infrastruktur, Umwelt (BIU)
Beteiligte Stakeholder	-
Wirkung	Die vor- und nachgelagerten Emissionen aus der grauen Energie, die beim bspw. Bau von Gebäuden oder dem Konsum von Gütern oder Dienstleistungen entsteht, sind nicht Bestandteile der Treibhausgasbilanz des Gemeindegebiets. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die vor- und nachgelagerten Emissionen einen grossen Anteil der verursachten Gesamtemissionen ausmachen. Somit haben auch Reduktionen bei den Emissionsquellen einen grossen Einfluss.
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	-
Synergien	-

A1

Begrünungsprogramm zur Hitzereduktion und Biodiversitäts-förderung umsetzen

Handlungsfeld	Anpassung an den Klimawandel
Ziel	Durch gezielte Begrünungsmassnahmen und ökologische Aufwertung öffentlicher und privater Grünflächen werden kommunale Hitzeinseln reduziert und Biodiversität im Siedlungsgebiet gefördert.
Beschrieb der Massnahme	Das Biodiversitätskonzept 2023 soll um ein Begrünungsprogramm ergänzt werden, das gezielt auf die Herausforderungen des Klimawandels reagiert. Durch ökologische Aufwertungen und klimaangepasste Begrünungsmassnahmen im öffentlichen Raum sowie durch verstärkte Anreize für die Begrünung privater Flächen soll die Hitzebelastung in besonders betroffenen Quartieren reduziert und gleichzeitig die Biodiversität gefördert werden. Ziel ist es, die Lebensqualität für die Bevölkerung und die siedlungsnaher Natur langfristig zu verbessern und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit kommunaler Grünflächenareale gegenüber klimatischen Veränderungen zu stärken.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Distribution des Leitfadens «Der Klima-Garten»²⁷ an Besizende von Grünflächen im Rahmen des Biodiversitätskonzepts. – Mit einer Baumpflanzaktion gemeinsam mit der Bevölkerung den Baumbestand auf dem Gemeindegebiet und die Sensibilisierung für Hitzeminderungsmassnahmen erhöhen. – Unterziele des Konzepts zur Biodiversitätsförderung umsetzen, wie bspw. Bekämpfung der Neophyten und Sensibilisierung der Bevölkerung. – Förderbeiträge für Massnahmen zur Hitzeminderung und Biodiversität auf privaten und gemeindeeigenen Flächen. – Zur Identifikation von Hitzeinseln auf dem Gemeindegebiet Intensivierung der Teilnahme am Projekt «Smart Urban Heat Map» (durch Installation weiterer Messstationen) prüfen und konkrete Begrünungsmassnahmen zur Hitzeminderung ableiten. – Ausrichtung der reglementarischen Grundlagen auf eine biodiversitätsfördernde und klimaangepasste Entwicklung basierend auf den Mustervorschriften «Biodiversität und Landschaftsqualität im Siedlungsgebiet»²⁸ für Gemeinden und Kantone des BAFUs.
Federführung	Ressort Hochbau, Planung und Verkehr (HPV)
Beteiligte Stakeholder	Kommission für Natur und Landschaft (KNL)
Wirkung	hoch (Hitzereduktion, ökologische Aufwertung, Sensibilisierung) Längerfristige Reduktion von Hitzeschäden an Infrastruktur, verringerter Pflegeaufwand durch standortgerechte, pflegearme Bepflanzung
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	Neuer Indikator: Anzahl Hitzetage (gemäss Messstation Smart Urban Heat Map)
Synergien	– A2: Hitzeaktionsplan zum Schutz vulnerabler Gruppen entwickeln – A3: Klimaangepasstes Bauen und Sanieren bei Bauvorhaben fördern

²⁷ Der Klima-Garten, BAFU (2023): <https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/klima/fachinfo-daten/der-klima-garten.pdf.download.pdf/der-klima-gartenpdf.pdf> (Zugriff am 15.09.2025)

²⁸ Biodiversität und Landschaftsqualität im Siedlungsgebiet, BAFU (2023): https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/biodiversitaet/uu-umwelt-wissen/biodiversitaet-und-landschaftsqualitaet-im-siedlungsgebiet.pdf.download.pdf/UW-2380-D_Musterbestimmungen2023.pdf (Zugriff am 15.09.2025)

A2 Hitzeaktionsplan zum Schutz vulnerabler Gruppen entwickeln

Handlungsfeld	Anpassung an den Klimawandel
Ziel	Besonders gefährdete und vulnerable Bevölkerungsgruppen werden vor den gesundheitlichen Auswirkungen zunehmender Hitzebelastung durch vorausschauende Planung und koordinierte Massnahmen geschützt.
Beschrieb der Massnahme	Die Gemeinde entwickelt ein koordiniertes Vorsorgekonzept, welches gezielt den gesundheitlichen Schutz besonders hitzegefährdeter Bevölkerungsgruppen sicherstellt. Durch frühzeitige Planung, geeignete Schutzräume und gezielte Informations- und Unterstützungsangebote wird die Resilienz der Bevölkerung gegenüber zunehmenden Hitzewellen gestärkt.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Sammlung und Sichtbarmachung/Kommunikation der «kühlen Orte Bremgartens bei Bern» (bspw. Kirche, Schulhaus etc.) – Barrierefreiheit der «kühlen Orte Bremgartens bei Bern» prüfen und ggf. barrierefrei gestalten. – Distribution der Flyer «Drei goldene Regeln für Hitzetage»²⁹ an vulnerable Institutionen und Bevölkerungsgruppen ggf. Organisation von spezifischen Erste-Hilfe-Kursen. – Das Einrichten eines «Hitzetelefons» während Hitzewellen (bspw. ab dem dritten aufeinanderfolgenden Hitzetag, Warnstufe 3 MeteoSchiweiz) prüfen.
Federführung	Ressort Soziales und Gesundheit (SOZ)
Beteiligte Stakeholder	-
Wirkung	hoch (Gesundheitsschutz, Resilienzsteigerung) Vermeidung hitzebedingter Gesundheitskosten und Folgeschäden
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	-
Synergien	A1: Begrünungsprogramm zur Hitzereduktion und Biodiversitätsförderung lancieren

²⁹ Drei goldene Regeln für Hitzetage, BAG (2024): <https://www.bundespublikationen.admin.ch/de/p/0000000000862718878> (Zugriff am 15.09.2025)

A3 Klimaangepasstes Bauen und Sanieren bei Bauvorhaben fördern

Handlungsfeld	Anpassung an den Klimawandel
Ziel	Integration von Prinzipien zur Anpassung an den Klimawandel in gemeindeeigene Bau- und Sanierungsprojekte sowie Förderung entsprechender Massnahmen bei privaten Vorhaben.
Beschrieb der Massnahme	Die Gemeinde verankert die Anpassung an den Klimawandel als festen Bestandteil von Bau- und Sanierungsprojekten. Durch Sensibilisierung, Beratung und Förderung werden sowohl öffentliche als auch private Bauvorhaben so gestaltet, dass sie langfristig hitzeresilient, ressourcenschonend und an die Klimaerwärmung angepasst sind.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Checkliste zur Anpassung an den Klimawandel bei Baugesuchen verteilen (Hitzeresilienz, Fassaden und Dachflächengestaltung). – Zur Verbesserung der Beratung während des Genehmigungsprozesses die Mitarbeitenden der Bauverwaltung im Bereich klimaangepasstes Bauen weiterbilden. – Ergänzung des kommunalen Förderprogramms mit Fördertatbeständen zu baulichen Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel prüfen (bspw. Regenwasserrückhalt, Begrünung, Entsiegelung).
Federführung	Ressort Hochbau, Planung und Verkehr (HPV)
Beteiligte Stakeholder	-
Wirkung	hoch (Vorbildfunktion, Resilienzsteigerung, Hitzereduktion) Langfristige Senkung von Energie- und Betriebskosten, weniger Schäden an Bausubstanz durch Hitze- und Extremwetterereignisse
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	-
Synergien	A1: Begrünungsprogramm zur Hitzereduktion und Biodiversitätsförderung lancieren

G1 Fossile Heizungen in kommunalen Liegenschaften ersetzen

Handlungsfeld	Vorbild Gemeinde
Ziel	Alle fossilen Heizungen in kommunalen Liegenschaften (Verwaltungs- und Finanzvermögen) werden mit erneuerbaren Alternativen ersetzt und bei Bedarf die Liegenschaften gleichzeitig saniert.
Beschrieb der Massnahme	Der Anteil erneuerbarer Energien bei den Heizungen in den kommunalen Liegenschaften betrug 2023 gesamthaft rund 43 %. Durch den Verbrauch von fossilen Energieträgern (Heizöl, Erdgas) entstanden im Basisjahr 2023 rund 229 t CO₂eq, was 77 % der Gesamtemissionen der Gemeindeverwaltung entspricht. Die fossilen Heizungen sollen vorzu gemäss Konzept zur Sanierungsplanung der Gemeindeliegenschaften 2019 bei anstehendem Heizungersatz mit einem erneuerbaren Heizsystem ersetzt werden. Prioritär soll der Anschluss ans WKB oder einen kleineren Wärmeverbund geprüft werden. Zudem soll zur Erhöhung der Energieeffizienz (Wärme, Strom) bei anstehenden Heizungersatz auch geprüft werden, ob die Liegenschaft Sanierungspotenzial hat. Bremgarten bei Bern hat 2019 ein Konzept zur Sanierungsplanung der Gemeindeliegenschaften verabschiedet. Die Basis bildet eine Analyse pro Objekt. Pro Objekt werden Sanierungsbedarf und Massnahmen vorgestellt, priorisiert und eine Investitionsplanung gemacht. Alle Gebäude werden berücksichtigt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien (PV-Anlagen, Ölheizungersatz) und Energieeffizienz (Dämmung, LED-Beleuchtung) wird weiter forciert.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Bei Heizungersatz gemäss Konzept zur Sanierungsplanung der Gemeindeliegenschaften 2019 erneuerbare Heizsysteme einbauen und Anschluss an WKB oder kleinere Wärmeverbünde prüfen. – Gleichzeitig bei Heizungersatz prüfen, ob Sanierungsbedarf zur Optimierung der Energieeffizienz bei den Liegenschaften besteht. – Kühlung von kommunalen Liegenschaften (insbesondere Schulen) bei Sanierungen und/oder Heizungersatz mitberücksichtigen.
Federführung	Ressort Finanzen, Steuern, Liegenschaften (FSL)
Beteiligte Stakeholder	Liegenschaftsausschuss
Wirkung	Der Ersatz fossiler Heizungen in kommunalen Liegenschaften trägt massgeblich zur Reduktion der THG-Emissionen der Gemeindeverwaltung bei. Durch die Sanierung der Liegenschaften wird die Wärme- und Stromeffizienz erhöht und damit zur Reduktion des Energieverbrauchs beigetragen.
Ressourcenbedarf	hoch
Indikator Netto-Null-Dashboard	Erneuerbare Wärme/Kälte in kommunalen Gebäuden
Synergien	E1: Wärmekollektiv Bremgarten ausbauen und fossilfrei gestalten E2: Gasausstieg planen und umsetzen E3: Kleinere Wärmeverbünde in Gebieten ausserhalb WKB fördern

G2**PV-Potenzial auf kommunalen Liegenschaften und Infrastrukturen ausschöpfen**

Handlungsfeld	Vorbild Gemeinde
Ziel	Das PV-Potenzial auf kommunalen Liegenschaften und Infrastruktur (Verwaltungs- und Finanzvermögen) mit der Erstellung von PV-Anlagen auf geeigneten Flächen ausschöpfen.
Beschrieb der Massnahme	Mit externer Unterstützung von Swiss Climate und A+W wurde 2022/2023 eine Machbarkeitsstudie zum PV-Potenzial auf den kommunalen Gebäuden erstellt inkl. Kurzanalyse aller Gebäude und Detailanalyse einzelner Gebäude. Die Resultate der Machbarkeitsstudie wurden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und fliessen nun in die Budget- und Investitionsplanung ab 2025 ein. Es sollen bis 2029 diverse PV-Anlagen gemäss Priorisierung Machbarkeitsstudie erstellt werden (Dienstgebäude Werkhof, Kindergarten, Gemeindezentrum, Unterstufe, OS).
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Erstellung von PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften und Anlagen gemäss Priorisierung der Machbarkeitsstudie zum PV-Potenzial vorantreiben. – Potenzial für PV-Anlagen auf kommunaler Infrastruktur (bspw. Stützmauern, Bushaltestellen) prüfen. – Umsetzung einer lokalen Elektrizitätsgemeinschaft (LEG) für PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften und Infrastrukturen prüfen.
Federführung	Ressort Finanzen, Steuern, Liegenschaften (FSL)
Beteiligte Stakeholder	Liegenschaftsausschuss
Wirkung	Die THG-Emissionen aus dem Stromverbrauch der Gemeindeverwaltung werden durch den Eigenverbrauch mit PV-Anlagen auf kommunalen Dächern reduziert. Unabhängige und stabile Stromkosten und zusätzliche Einnahmen mit der Einspeisevergütung. Errichtung und Betrieb der PV-Anlagen bringt Wertschöpfung und Beschäftigung in die Gemeinde.
Ressourcenbedarf	hoch
Indikator Netto-Null-Dashboard	Anteil Eigenstromproduktion am Stromverbrauch der kommunalen Gebäude und Anlagen
Synergien	E5: Stromproduktion aus PV-Anlagen erhöhen

G3 Betriebsoptimierungen in kommunalen Liegenschaften durchführen

Handlungsfeld	Vorbild Gemeinde
Ziel	Mit der Durchführung von Betriebsoptimierungen die Effizienz des Wärme- und Stromverbrauchs erhöhen.
Beschrieb der Massnahme	Zur Optimierung des Betriebs von kommunalen Liegenschaften sollen kurzfristige Massnahmen umgesetzt werden, die oft keine grossen Investitionen benötigen. Es stehen kostengünstige Massnahmen im Bereich der Gebäudetechnik im Fokus, die hohe Effizienzgewinne generieren.
Umsetzungsschritte inkl. Zeithorizont	– Betriebsoptimierungen durchführen mit externer Fachperson und Hauswart:innen, um Energieeffizienz Wärme/Kälte und Elektrizität zu erhöhen sowie systematische Ausweitung auf Gebäude im Finanzvermögen. – Umstellung des gesamten Stromverbrauchs auf naturemade star (BKW Energy Green) prüfen. – Massnahmen zur Erhöhung der Wassereffizienz umsetzen (bspw. Wasserspararmaturen installieren, Einsatz wasserlöslicher Putzmittel optimieren etc.) und Sensibilisierungskampagne der Nutzenden bzgl. Wassersparen durchführen.
Federführung	Ressort Finanzen, Steuern, Liegenschaften (FSL)
Beteiligte Stakeholder	-
Wirkung	Durch das Umsetzen von betrieblichen Massnahmen im Bereich der Gebäudetechnik können gemäss Erfahrungswerten Einsparung von 10 – 15 % der Energieverbräuche erreicht werden.
Ressourcenbedarf	tief
Indikator Netto-Null-Dashboard	– Energieeffizienz Wärme/Kälte der kommunalen Gebäude – Stromeffizienz der kommunalen Gebäude und Anlagen
Synergien	-

Anhang 2: Weitere Massnahmenideen zum Aktionsplan 2026 – 2029

In diesem Anhang werden weitere Massnahmenideen für die definierten Handlungsfelder aufgeführt, die nicht als prioritäre Massnahmen in den Aktionsplan 2026 – 2029 eingeflossen sind und als Ideenspeicher für die Weiterentwicklung des Aktionsplans im Jahr 2029 genutzt werden können. Die meisten Massnahmenideen stammen aus dem energiepolitischen Aktivitätenprogramm 2025 – 2028 (markiert mit «*»), dem Planungstool für die Massnahmenumsetzung im Energiestadt-Prozess der Gemeinde Bremgarten bei Bern.

Handlungsfeld Energieversorgung Gebäude

- Revidierung des Baureglements auf Grundlage des revidierten kantonalen Energiegesetzes 2023 und Verschärfung der energiebezogenen Vorgaben prüfen (bspw. Unterschreitung des kantonalen Grenzwerts der gGee in ZPPs).*
- Einwohnende auf digitale Baumaple des Trägervereins Energiestadt aufmerksam machen (Schalter, Versand an Haushalte, «dr Wecker» etc.).*
- Ausweitung Förderprogramm «Erneuerbare Energien und Energieeffizienz» prüfen auf weitere Fördertatbestände wie höherer Beitrag bei PV-Anlage an Fassade, Ladestationen E-Fahrzeuge, energieeffiziente Geräte, Energiespeicher, ÖV-Tickets etc.*
- Erhöhung des erneuerbaren Anteils bei der Fernwärme im Sekundärkreislauf (Siedlungszentralen) auf 100 % prüfen (Spitzenlastdeckung bspw. mit Biogas oder Holz).*
- Prüfung von Möglichkeiten zur CO₂-Entfernung (Senkenprojekte NET) auf dem Gemeindegebiet.

Handlungsfeld Mobilität

- Massnahmen betreffend Bremgarten bei Bern aus dem RGSK 2025 / AP 5 umsetzen.*
- Parkierungsreglement überarbeiten und Zweckbindung der Parkierungsgebühren für die Förderung der nachhaltigen Mobilität prüfen.*
- Verkehrsberuhigten Zonen regelmässig überprüfen.*
- Carsharing-Angebot von Mobility kommunizieren und Ladestationen für E-Fahrzeuge auf Mobility Parkplätze prüfen.*

Handlungsfeld Konsum und Kreislaufwirtschaft

- Abfall- und Ressourcenmanagement laufend optimieren (Fahrzeuge, Logistik etc.).*
- Ausweisung der Vorjahresverbräuche auf der Wasserrechnung mit WVRB umsetzen und Bevölkerung zum Wassersparen sensibilisieren (sofern EDV das zulässt).*
- Lokale Angebote und Produkte aus der lokalen Landwirtschaft weiterhin fördern und kommunizieren.*
- Bei eigenen Veranstaltungen die Empfehlungen von Saubere-Veranstaltung.ch beachten und bei Veranstaltungen von Dritten auf Nachhaltigkeitsempfehlungen hinweisen.*
- Anforderungen an ökologische Veranstaltungen bei Finanzbeiträgen an Vereine stellen.*
- Verbindliche Vorgaben zur grauen Energie bei der Abgabe von Land im Baurecht formulieren und Anwendung des Gebäudestandards einfordern.

Handlungsfeld Anpassung an den Klimawandel

- Klima-Check für Gärten & Gebäude: Kostenlose Beratung zu Begrünung, Entsiegelung, Hitzeschutz
- Bestrebungen zur Fremdwasserelimination verstärken * und Retentionsflächen aktivieren: Oberflächenabfluss mindern durch Mulden & durchlässige Beläge
- «Cool Bremgarten» – Hitzeschutzpilot: Schatten, Wasser & Begrünung an öffentlichen Orten testen
- Frühwarn- & Info-System Extremwetter: Zielgruppengerechte Kommunikation bei Hitze & Starkregen
- Biodiversitätsmonitoring lokal: Jährliche Erfassung auf Beispiel-Flächen mit Bürger:innen
- Siedlungsbaumkataster & Nachpflanzung: Hitzeresiliente Baumarten gezielt fördern & sichtbar machen
- Pilotprojekt «Klimaacker Bremgarten»: Erprobung klimaangepasster Anbaumethoden mit lokalen Betrieben (z. B. Mulchsaat, Mischkulturen)
- Förderprogramm Biodiversitäts- & Pufferstreifen: Unterstützung für strukturreiche Ackerländer zur Förderung von Boden- & Hitzeschutz

- Austauschplattform «Klima-fit Landwirtschaft»: Jährlicher Anlass für Wissenstransfer mit Landwirt:innen & Fachstellen
- Gemeindepilot «Agroforst Bremgarten»: Förderung von Baum- & Heckenstrukturen auf Ackerflächen als klimaresiliente Produktionsform

Handlungsfeld Vorbild Gemeinde

- Den aktuellen Gebäudestandard umsetzen und die betroffenen Grundlagen, Richtlinien und Empfehlungen prüfen und ggf. darauf anpassen.*
- Gebäudestrategie auf Basis der Potenzialanalyse pro Gebäude mit klaren Schritten und Terminplanung umsetzen.*
- Geplante Sanierung/Neubauten nach aktuellem Gebäudestandard umsetzen.*

Anhang 3: Entscheidungsgrundlagen Risikobetroffenheitsanalyse

Bewältigung von Naturereignissen

Hochwasser

- Analysebasis: Vergleich der Hochwassergefährdung in Bremgarten bei Bern für den heutigen Zustand und das Jahr 2040
- Gebäudebestand: Aktuell und künftig nur geringe Hochwassergefährdung
- Betroffenheit: Nur 2.5 % der Gebäude liegen in potenziell gefährdeten Zonen
- Schlussfolgerung: Kein aktives Hochwasserrisiko für den bestehenden Siedlungsraum

Hinweis: Lokale Starkregenereignisse und Oberflächenabflussrisiken werden separat bewertet.

In allen Gefahrenstufen

Gefährdete Gebäude		
Heute	Anzahl	Anteil
	21	2.5 %
2040	Anzahl	Anteil
	21	2.5 %

Gefährdete Gebäudewerte		
Heute	Summe (Mio. CHF)	Anteil
	5.1	0.7 %
2040	Summe (Mio. CHF)	Anteil
	5.1	0.7 %

Pro Gefahrenstufe

Gefährdete bestehende Bauten		
2040	Anzahl	Anteil
Gelb	9	1.1 %
Blau	10	1.2 %
Rot	2	0.2 %

Gefährdete Neubauten		
2040	Anzahl	Anteil
Gelb	0	0 %
Blau	0	0 %
Rot	0	0 %

Details auf schadenpotenzial.ch

Oberflächenabfluss

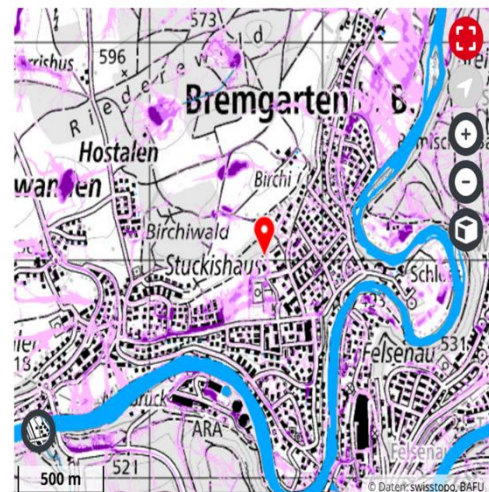
- Grundlage: Analyse der derzeitigen lokalen Sickerfähigkeit und Abflusskapazitäten
- Visualisierung: Karten zeigen erwartete Wassertiefen bei Extremereignissen:

helllila < 0.1 m

lila 0.1 – 0.25 m

dunkellila ≥ 0.25 m

- Ergebnis: Bei Starkregen kann es vereinzelt zu Überlastung der Kanalisation und kleinräumigem Hochwasser kommen
- Betroffenheit: Besonders betroffen sind dicht bebaute oder versiegelte Flächen



Erdrutsch

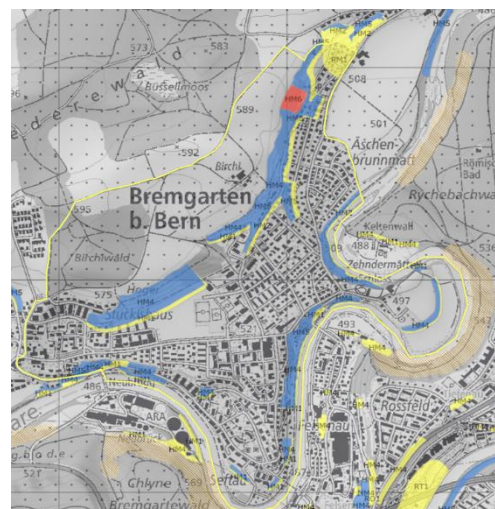
- Grundlage: Historische Analyse von Erdrutschereignissen der letzten 300 Jahre
- Gefahrenzonen (Legende):

Gelb geringe Gefahr

Blau mittlere Gefahr

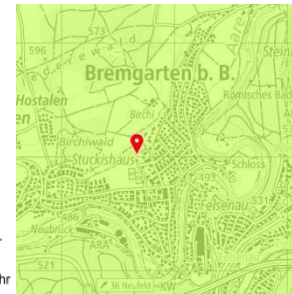
Rot erhebliche Gefahr

- Ergebnis: Besonders in Hanglagen besteht ein mittelstarkes Risiko für Rutschungen, das sich bei Starkregen deutlich erhöht
- Betroffenheit: Potenziell betroffen sind bebaute Hänge oder steile Wegabschnitte



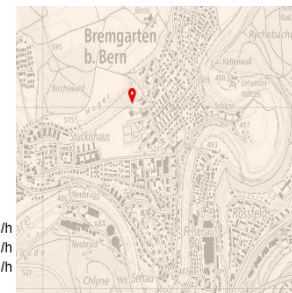
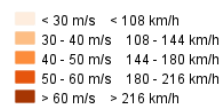
Waldbrand

- Grundlage: Analyse meteorologischer Daten und abgeleiteter Waldbrandindizes
- Ergebnis: Für Bremgarten bei Bern besteht aktuell ein geringes Waldbrandrisiko
- Einflussfaktoren: Längere Trockenphasen oder Hitze- wellen könnten lokal die Gefahr erhöhen
- Risikoeinschätzung: Keine akute Bedrohung, aber Beobachtung empfohlen



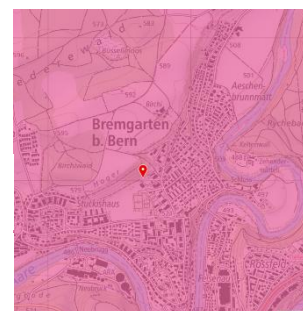
Sturm

- Grundlage: Modellerte Windgeschwindigkeiten der letzten 50 Jahre
- Ergebnis: In Extremfällen sind Sturmspitzen bis zu 108 km/h möglich
- Einordnung: Im regionalen Vergleich gilt dies als geringes bis moderates Risiko



Hagel

- Grundlage: Modellerte Hagelhäufigkeit und -intensität auf Basis meteorologischer Daten
- Ergebnis: Bei Hagelereignissen ist mit Korngrössen von 3-4 cm zu rechnen
- Einordnung: Diese Grössen können erhebliche Schäden an Dächern, Fassaden, Fahrzeugen und Vegetation verursachen
- Betroffenheit: Insbesondere exponierte Gebäude und Infrastruktur gefährdet



Biodiversität

- Grundlage: Kantonale Beobachtungen zu Neophyten und Neobiota
- Ergebnis: Zunahme invasiver gebietsfremder Arten in Wäldern, Gewässern und Siedlungsgebieten
- Auswirkungen:
 - Verdrängung einheimischer Arten
 - Störung ökologischer Gleichgewichte
 - Gefährdung der biologischen Vielfalt
- Besonders betroffen: Ökologisch sensible Räume ohne aktive Pflege oder Kontrolle



Ambrosie (*Ambrosia artemisiifolia*)



Verlotischer Reifuss (*Artemisia verlotiorum*)



Syrische Seidenpflanze (*Asclepias syriaca*)



Glatte Zackenschötchen (*Rumex crispus*)



Erdmandelgras (*Cyperus esculentus*)



Einjähriges Berufkraut (*Erigeron annuus*)

Asiatische Hornisse

Die Asiatische Hornisse breitet sich über weite Teile Europas aus. Im Kanton Bern wurden erste Funde im Juni 2023 bestätigt. Für die Imkerei und den Naturschutz stellt die asiatische Hornisse eine ernstzunehmende Gefahr dar, da sie grosse Mengen Insekten als Futter für ihre Larven jagt. Es ist daher wichtig, sie möglichst rasch zu erkennen und zu melden.

Nationale Meldestelle: asiatischehornisse.ch

- Merkblatt 2.7. Asiatische Hornisse von apiservice (PDF)
- Infoblatt: Asiatische Hornisse melden (PDF)
- Bestätigte Funde: [Bienengesundheitsdienst](#)

Asiatische Tigermücke

Die Asiatische Tigermücke wird mit dem internationalen Verkehr verbreitet und ist eine potenzielle Überträgerin diverser Krankheiten.

Nationale Meldestelle: [Schweizerisches Mückennetzwerk](https://schweizerischesmueckennetzwerk.ch)

- Informationen zur Tigermücke (PDF)
- Merkblatt «Tigermücke bekämpfen», Schweizerisches Mückennetzwerk (PDF)

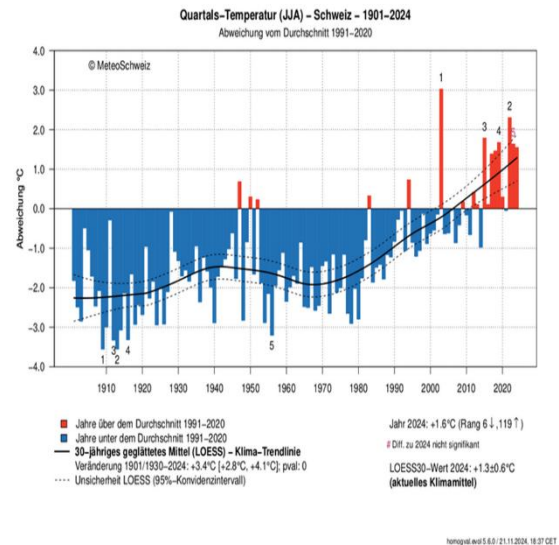
Quagga-Muscheln

Melde- und Reinigungspflicht für Schiffe bei Gewässerwechsel

Gesundheit

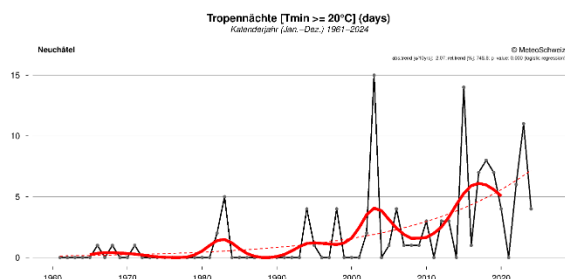
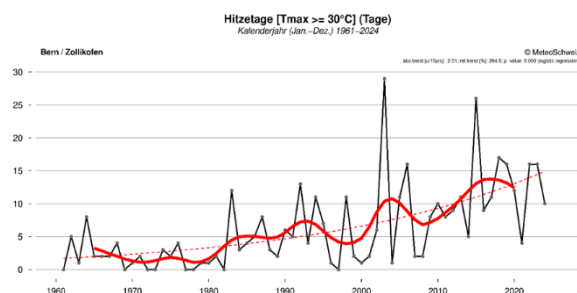
Klimaerwärmung

- Grundlage: Temperaturentwicklung in der Schweiz über die letzten 125 Jahre mit Klimatrendlinie
- Ergebnis: Seit den 1970er Jahren kontinuierlicher Temperaturanstieg → zunehmende Hitzebelastung
- Gesundheitliche Folgen:
 - Mehr hitzebedingte Todesfälle, v. a. bei älteren Menschen, Kindern und chronisch Kranken
 - Ausbreitung tropischer Krankheitserreger (z. B. Tigermücke, FSME-Zecken)
 - Psychische Belastungen durch Schlafstörungen, Stress und reduzierte Leistungsfähigkeit



Hitzetage und Tropennächte

- Grundlage: Messdaten aus Bern-Zollikofen und Neuchâtel seit 1960
- Ergebnis: Deutlich steigende Anzahl an Hitzetagen und Tropennächten seit den 1970er Jahren
- Gesundheitliche Auswirkungen:
 - Belastung des Herz-Kreislauf-Systems, v. a. bei vulnerablen Gruppen
 - Abnahme der Leistungsfähigkeit und Schlafqualität
 - Steigendes Risiko für hitzebedingte Todesfälle auf nationaler Ebene



Land- & Waldwirtschaft

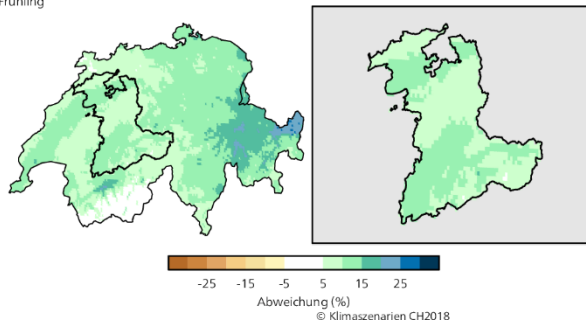
Niederschlagsentwicklung

- Grundlage: Projektionen der Niederschlagsentwicklung im Kanton Bern bei einem Temperaturanstieg von >2 °C
- Ergebnis:
 - Frühling & Winter: Tendenz zu mehr Niederschlag
 - Sommer: Zunahme von Trockenperioden → Gefahr von Wasserknappheit
- Auswirkungen: Spannungsfeld zwischen Hochwasserschutz und Wasserspeicherung
- Betroffen: Landwirtschaft, Wälder, Gewässerökologie und Siedlungswasserversorgung

Niederschlag

Schweiz und Kt. Bern

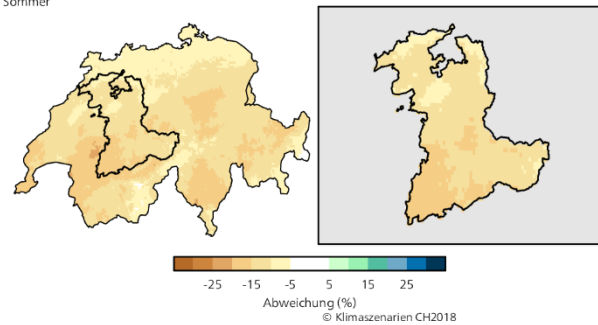
Abweichung von der Normperiode 1981-2010
2060 | RCP8.5 | Mittlere Schätzung
Frühling



Niederschlag

Schweiz und Kt. Bern

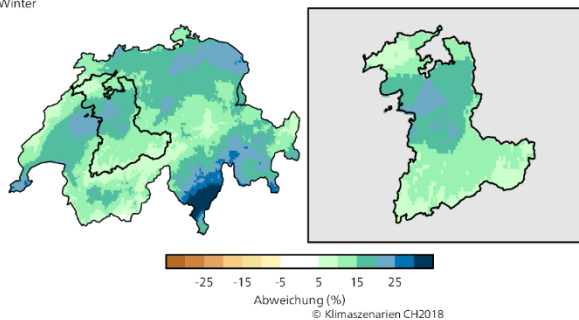
Abweichung von der Normperiode 1981-2010
2060 | RCP8.5 | Mittlere Schätzung
Sommer



Niederschlag

Schweiz und Kt. Bern

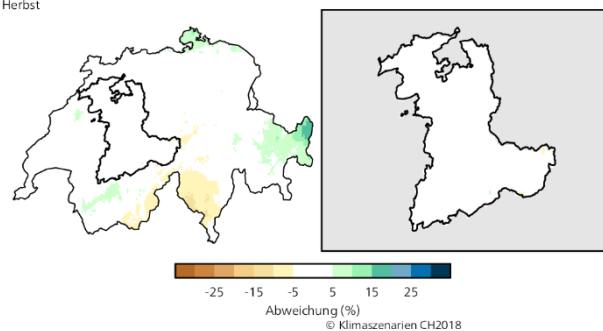
Abweichung von der Normperiode 1981-2010
2060 | RCP8.5 | Mittlere Schätzung
Winter



Niederschlag

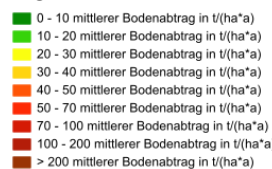
Schweiz und Kt. Bern

Abweichung von der Normperiode 1981-2010
2060 | RCP8.5 | Mittlere Schätzung
Herbst



Bodenerosion

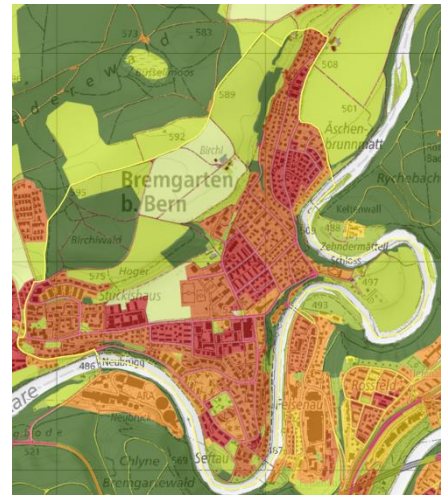
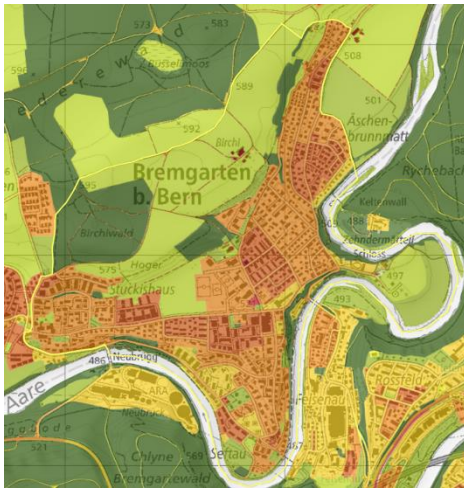
- Grundlage: Erhebung der jährlichen Bodenerosionsrate (t/ha) auf Gemeindegebiet
- Ergebnis: Aktuell keine relevanten Erosionsprobleme in Bremgarten bei Bern
- Einordnung: Bodenstruktur und Landnutzung derzeit stabil und wenig erosionsanfällig
- Überwachung: Regelmässige Beobachtung empfohlen – insbesondere bei Klimaveränderungen, Hangnutzung oder Flächenumwandlung



Planung, Bau & Unterhalt

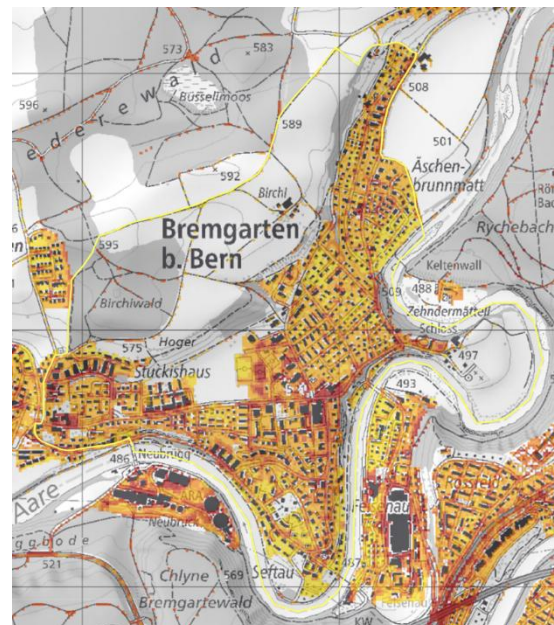
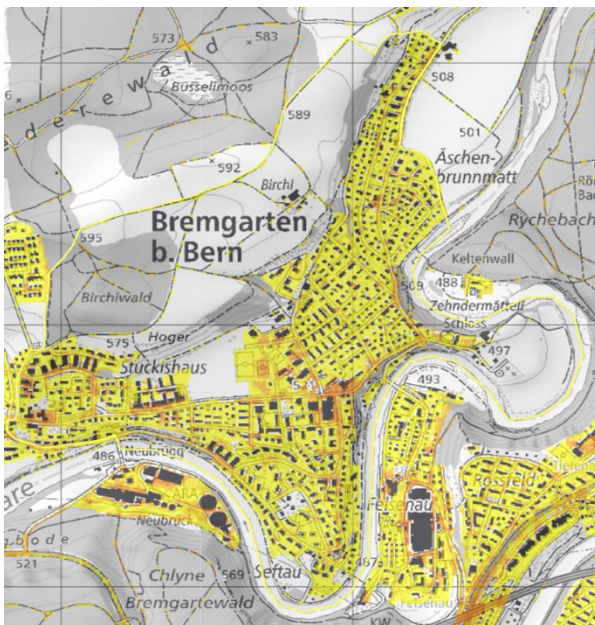
Tagestemperaturen

- Grundlage: Modellerte Tagestemperaturen in der Gemeinde (2020-2060)
- Ergebnis:
 - Bereits heute sind viele Siedlungszentren tagsüber stark aufgeheizt
 - Geringe Kühlleistung durch Grünflächen → geringe Pufferwirkung
 - Versiegelte Flächen werden bis 2060 noch heisser
- Folgen:
 - Gesundheitsbelastungen für empfindliche Bevölkerungsgruppen
 - Rückgang der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum



Nächtliche Temperaturen

- Grundlage: Prognose nächtlicher Temperaturen in Siedlungsräumen (2020–2060)
- Ergebnis:
 - Stark versiegelte Zentren erwärmen sich nicht nur am Tag, sondern kühlen nachts kaum noch ab
 - Bis 2060 deutliche Zunahme nächtlicher Wärmebelastung
- Folgen:
 - Entstehung von dauerhaften Hitzeinseln
 - Thermische Entlastung bleibt aus, Erholung und Schlafqualität werden eingeschränkt
- Betroffene: Insbesondere dicht bebaute Wohngebiete mit geringer Begrünung



Anhang 4: Bewertungsmatrix Sektoren Anpassung an den Klimawandel

Sektor	Betroffenheit	Schadenspotenzial	Handlungsspielraum	Umsetzungsreife	Priorität
	Wie stark ist der Sektor bereits oder zukünftig vom Klimawandel betroffen?	Welche Schäden oder Auswirkungen drohen bei Untätigkeit (Kosten, Menschen, Infrastruktur)?	Wie gross ist der direkte Einfluss oder Gestaltungsspielraum der Gemeinde in diesem Bereich?	Gibt es bereits Konzepte, Ressourcen oder Projekte, auf die aufgebaut werden kann?	Hoch: 8-10 Punkte → Sofortige Massnahmenentwicklung empfohlen Mittel: 5-7 Punkte → Massnahmen mittelfristig einplanen Niedrig: 0-4 Punkte → Beobachten, später prüfen
	0 = nicht betroffen 1 = in Zukunft betroffen 2 = bereits betroffen	0 = gering 1 = mittel 2 = hoch	0 = kein Einfluss 1 = eingeschränkt 2 = direkt beeinflussbar	0 = keine 1 = teilweise 2 = vorhanden	
Bewältigung von Naturereignissen	1	2	1	1	5 Mittel
Biodiversität	2	2	2	2	8 Hoch
Gesundheit	1	2	2	1	6 Mittel
Landwirtschaft	1	2	0	1	4 Niedrig
Planung, Bau und Unterhalt	2	2	2	2	8 Hoch
Waldwirtschaft	1	1	1	1	4 Niedrig

Auswahl der Stossrichtungen:

Biodiversität	Planung, Bau & Unterhalt	Gesundheit	Bewältigung von Naturereignissen
- Begründung: Bereits heute vom Klimawandel betroffen - Verlust einheimischer Arten, Zunahme invasiver Arten - Dringender Handlungsbedarf zur Erhaltung ökologischer Resilienz	- Begründung: Siedlungsüberhitzung nimmt deutlich zu - Bereich ist direkt beeinflussbar durch kommunale Raumplanung - Eng verknüpft mit den Themen Gesundheit & Extremwetterrisiken	- Begründung: Vulnerable Gruppen durch Hitze zunehmend belastet - Gesundheitsschutz ist kommunale Pflichtaufgabe - Präventive Massnahmen wirken gleichzeitig risikosenkend im Bereich Überhitzung	- Begründung: Zunehmende Starkregen, Rutschungen und Oberflächenabfluss - Frühzeitig in Schutzmassnahmen investieren - Resilienz der Infrastruktur gezielt stärken

